

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 *Rt. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Samml.-nummer 72208. **Volkskassent:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Vorkauf 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweizeichnungen und alle Postämter entgegen

Die Probefahrt des Zeppelin

Gut verlaufen

SPD Berlin, 18. September.

Das Zeppelinluftschiff L. Z. 127 Graf Zeppelin ist am Dienstag um 15,30 Uhr zu seiner ersten Probefahrt gestartet. Auf das Kommando Los sprangen die fünf Motoren an, die Seile wurden losgelassen, das Luftschiff stieg in die Höhe und wandte sich zugleich nach Westen. Die Zuschauer trauten der Befähigung und dem Reiter der Fahrt, Dr. Eckener, begeisterte Huldigungen dar. Das Luftschiff überflog zunächst Meersburg, wandte sich dann nach Osten und erschien nach mehrmaligem Manövrieren gegen 16 Uhr über Lindau. Es setzte dann seine Fahrt über Bregenz fort, um in südlicher Richtung über dem schweizerischen Ufer zu kreuzen und die Richtung nach Konstanz einzuschlagen. Um 16,45 Uhr befand sich der Zeppelin über Konstanz; wenige Minuten später kreuzte er über Friedrichshafen und verschwand dann schließlich wieder in der Richtung zum Bodensee. Um 18,45 Uhr konnte Graf Zeppelin nach einer dreistündigen Versuchsfahrt glücklich landen.

Das Schiff wurde von vier Dornier-Flugzeugen begleitet. Die Fahrt diente vor allem der Erprobung des Gerippes und der Maschinenanlage; außerdem wurden Gasmessungen vorgenommen und die elektrischen Anlagen geprüft.

WTB Friedrichshafen, 18. September.

Gleich nach der Landung erklärte Dr. Eckener dem Sonderberichterstatter des WTB in einer Unterredung, daß die Fahrt

ausgezeichnet verlaufen und er mit dem Schiff sehr zufrieden sei. Der Graf Zeppelin habe alles gehalten, was er versprochen und was man von ihm erwartet habe. In mancher Beziehung habe er die Erwartungen sogar übertroffen. So hat die heutige Fahrt schon gezeigt, daß das Schiff ohne Anstrengung auf eine

Fahrtgeschwindigkeit von 120 Kilometer

zu bringen ist. Jedenfalls ist es noch schneller als der Z. R. III. Die Geschwindigkeit wurde auf der üblichen Meßstrecke Friedrichshafen-Rehden bei Ravensburg erprobt. Diese Strecke, die 5700 Meter lang ist, wurde zweimal durchfahren. Dabei hat sich auch die Manövrierfähigkeit des Schiffes glänzend gezeigt. Höhen- und Seitensteuer funktionierten hervorragend; namentlich haben aber auch die Maschinen tadellos gearbeitet. Dabei hob Dr. Eckener besonders hervor, daß bei der Umstellung auf Rückwärtsfahrt keine Erwartungen gerechtfertigt waren.

Besondere Aufmerksamkeit wurde naturgemäß der Durchführung des Schiffes zugewandt, da ja schon bei der Versuchsanstalt für Luftfahrt Bedenken über das Triebgas bestanden. Dr. Eckener erklärt, daß die Leistung allen Ansprüchen in vollem Maße genüge, so daß er hoffe, daß diese Bedenken durch praktische Erprobung sich überwinden lassen. „Die Ventile haben so gut funktioniert“, sagte Dr. Eckener scherzend, „daß ich beschloß, im Schiff einen Luftknoten einzurichten.“

Zum Schluß betonte Dr. Eckener noch, die Landung sei dadurch verzögert worden, daß die Hängeleinen zu kurz gewesen seien, und daß er gerade beim erstenmal eine schöne Landung hätte jetzen wollen.

Admiral Jenker tritt zurück

WTB Berlin, 18. September.

Ende September wird der Chef der Marineleitung, Admiral Jenker, aus dem Dienst in der Marine, der er 29 Jahre angehört, ausgeschieden.

Dazu wird amtlich mitgeteilt: Admiral Jenker war zu diesem Schritt bereits entschlossen, als er dem Reichstage in der sogenannten Lohmann-Affäre Rede und Antwort stand, da er sich als Chef der Marineleitung aller soldatlicher Tradition gemäß für die Verfechtung seines Untergebenen mit verantwortlich fühlte. Nur sein Pflichtgefühl hat ihn damals veranlaßt, bis zur Erlebung dieser unerquicklichen Angelegenheit auf seinem Posten auszuharren, und erst jetzt zu dem endlich günstigsten Termin um seine Verabschiedung nachzudenken. Der Entschluß ist ihm dadurch besonders erleichtert worden, daß er den Wiederaufbau der Marine durch die endgültige Bewilligung der ersten Rate des Panzerkreuzers A für gesichert ansieht.

Als Nachfolger ist der bisherige Chef der Marineleitung der Ostsee, Vizeadmiral Dr. h. c. R. A. Eder, vorgeesehen.

Mit dem Rücktritt des eigentlich Verantwortlichen, des Admirals Jenker, hat die Lohmann-Affäre einen vorläufigen Abschluß erlangt. Daß sie damit vollständig liquidiert worden wäre, vermag niemand ernsthaft zu behaupten, denn selbst der Bericht des Untersuchungsausschusses machte den Vorbehalt, daß seine Feststellungen nur den damals bekannten Kreis der Lohmannschen Geschäfte umfassen könne. Selbst die lokalen Richter des Reichstages also stellten fest, daß mit weiteren, bisher unbekannt gebliebenen Kapiteln zu rechnen sei.

In einer am 13. März abgegebenen Erklärung hatte selbst der Reichswehrminister, Herr Gröner, die Auffassung vertreten, daß das Haushaltsrecht des Reichstages bei den Lohmannsgeschäften „in unverantwortlicher Weise verletzt worden“ sei. Es sei nicht zu billigen, daß ein Vorgesetzter seinen Untergebenen derartige Generalaufträge erteile. Daß aber das Haushaltsrecht des Reichstages auch heute noch im Geschäftsbereich Dr. Grönners eine mehr als zweifelhafte Sache ist, ergab sich aus der Feststellung des Kabinetts, daß Herr Gröner bereit gewesen sei, die Mittel für die erste Rate des Panzerkreuzers aus anderen Kapiteln seines Etats zur Verfügung zu stellen. Während der Erörterungen im Reichshaushaltsausschuß wurde durch alle Beteiligten immer wieder vorgeschrieben, daß von dem Voranschlag nicht ein Heller gestrichen werden dürfe, da die 720 Millionen des Reichswehr- und Marineetats den tatsächlichen Bedürfnissen auf das knappste entsprechen. Trotzdem hatte Herr Gröner sofort 9,2 Millionen zur Hand, als für den Panzerkreuzer Gefahr im Anzuge war. Auch die Tatsache, daß selbst der Finanzminister des Bürgerblocks 41 Millionen für die Rassen des Reiches zu retten vermochte, beweist weiterhin, daß mit dem Haushaltsrecht im Reichswehrministerium „in unverantwortlicher Weise“ umgegangen wird. Der Admiral Jenker hat nichts anderes getan, als diese Gepflogenheiten in seinem Sinne angewandt. Der Hauptschuldige ist ganz gewiß Dr. Eckener, aber auch sein Nachfolger hat noch nicht den Beweis dafür erbracht, daß er den ersten Willen hat, mit dem Haushaltsrecht des Reichstages „verantwortlich“ umzugehen.

Daß Herr Jenker glaubt gehen zu können, nachdem der Wiederaufbau der Marine durch die endgültige Bewilligung der ersten Rate des Panzerkreuzers A, gesichert sei, gibt seinem Abgang einen ganz besonderen Beigeschmack. Er scheint den Beschluß des Parteiausschusses nicht gelesen zu haben, oder aber hat er im vorhinein Gewißheit erlangt, daß sich die Minister um den „einmütigen Willen der Gesamtpartei“ nicht scheren wollen? Jedenfalls haben die Organisationen alles daran zu setzen, damit Herr Jenker auf diesen Vorbeeren nicht austreten kann. Noch in diesen Tagen wurde selbst vom Genossen Keil, dem Stuttgarter Reichstagsabgeordneten, festgestellt, daß eine Bewilligung der zweiten Rate unmöglich sei. Und Genosse Keil gehört keineswegs dem linken Flügel an.

Der Stinnes-Scandal

SPD Wien, 18. September.

Der zur Aufklärung der Stinnes-Affäre in Wien weilende Staatsanwalt Dr. Berliner hat sich nach den Informationen eines hiesigen Blattes dahin geäußert, daß die in Wien ermittelten Tatsachen weiters schweres Belastungsmaterial gegen den verhafteten Hugo Stinnes zutage gefördert hätten. Es sei sehr nachgewiesen, daß Stinnes und seine Direktoren zahlreiche Agenten im Zustande mit dem Ankauf von Kriegsanleihe-Neubriefen betraut, diese Agenten ganz Mittel- und Osteuropa überflutet und die erworbenen Titel an die Firma Stinnes abgeliefert hätten.

WTB Berlin, 18. September.

Wie eine hiesige Korrespondenz aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat Rechtsanwält Dr. Alsbeger im Namen der Gesamtverteidigung einen neuen Haftprüfungstermin für Hugo Stinnes beantragt. Man erwartet, daß der Untersuchungsrichter einen Termin für Sonnabend ansetzen wird.

Die Untersuchungsbehörden werden voraussichtlich noch bis Ende Oktober mit der Sichtung des Materials beschäftigt sein, da sich in den letzten Tagen in Wien neue überraschende Momente ergeben haben, die wahrscheinlich zu einer Erweiterung des Verfahrens führen werden. So konnte bisher festgestellt werden, daß die Zahlungen aus Wien über zwei Berliner Bankgeschäfte gegangen sind, die ihrerseits dann Aufträge nach Paris, Budapest und Amsterdam weitergeleitet haben. Die in Frage kommenden Bankgeschäfte erklären jedoch, daß sie vollkommen gutgläubig gehandelt hätten, daß zudem die ihnen erteilten Orders so verdeckt gegeben worden seien, daß sie irgendeinen Verdacht nicht hätten schöpfen können.

Die Macht der Lüge

61 Nationen treten dem Kellogg-Walt bei

LU, London, 16. September.

Wie das amerikanische Staatsdepartement ankündigt, haben bisher 61 Nationen dem Kriegsverzichtsvertrag zugestimmt, doch stehen noch immer die Antworten von 13 Nationen aus. Zwei beglaubigte Abschriften des Vertrages werden Anfang der Woche an jede der 74 Nationen gesandt werden, die mit dem Vertrag entweder durch die Unterzeichnung oder durch die spätere amerikanische Einladung verbunden sind. Die Abschrift an Rußland werde wie bisher durch die französische Regierung übermittleit werden.

Technik und Chemie des Völkermords

Ernst B. Weithaas.

Uff! Der Krieg ist geächtet, der ewige Weltfrieden ist da, er heißt: Kellogg-Walt. Alle Welt vernimmt die Botschaft; doch aller Welt fehlt der Glaube. Denn wer wollte von einem Steppenbrand erwarten, daß er, außer Rauch und Flammen und Funken, auch Wasser speie? Und wer vom Kapital, daß es nicht seinem Wesen, seiner Natur gemäß sich äußere? Mehr wert, das ist die erste und letzte Wesenheit des Kapitals, und diese Wesenheit allein entscheidet in dieser Welt über Krieg und Frieden, allen papierernen Abmachungen zum Spott. Die Tölpel aber, das sind die anderen, die nicht einmal merken, daß sie überdölpelt werden; die im Gegenteil, Tränen der Rührung im Auge, noch Beifall trommeln, wenn die kapitalistischen Strategen die profitablen Ziele und Geschäfte, die sie sich blühen sehen, mit himmelblauem Phosphordunst umnebeln.

Während man also der alten Komödie, mit der man seit Jahren die Völker zum Narren hat, ein neues Zwischenstück einreicht, genannt die „Rechtung des Krieges“, dröhnen in den Rüstungswerken die Hämmer, dampfen in den Laboratorien die Retorten, arbeiten Technik und Chemie ohne Unterlaß an der Vervollkommnung des Krieges. Und welche fürchterlichen Vernichtungsformen diese „Vervollkommnung“ annehmen kann und annehmen wird, darüber unterrichtet sehr eindringlich und mit großer Sachkenntnis ein Buch, das in diesen Tagen im Rascher-Verlag, Zürich, erschienen ist. Es heißt: „Der Giftgaskrieg — die große Gefahr“ und ist geschrieben von Franz K. A. Z. E. N. D. R. E. S., dem bedeutendsten Militärliteratur Deutschlands. Endres war während des Krieges deutscher Major und Generalstabsoffizier der türkischen Armee, und so erhalten wir durch sein Buch nicht nur Kenntnis von der gesamten deutschen und ausländischen Literatur über den chemischen Krieg, nicht nur, neben anderen wichtigen Aufschlüssen, einen Einblick in die aerodynamischen Rüstungsarbeiten der Militärstaaten, das Buch gibt auch einen auftrüttelnden Ausblick auf das entsetzliche Sterben, das den Völkern heute nur erst droht und morgen schon trasse, grausame, grauenvolle Wirkung sein kann:

... Die Vorbereitung der großen Luftangriffe bedarf viel weniger Zeit. Es würde beispielsweise in Frankreich genügen, wenn den entsprechenden militärischen Behörden mitten im Frieden um 14 Uhr mitgeteilt würde, daß um 21 Uhr die im Plan Nummer 1000 vorgesehenen Kampfpläne beginnen sollen. Es würde niemand zu spät kommen.

Wie geht solch „Raid“ zu vor sich? Es hängt sehr davon ab, ob man vollkommen überraschen kann oder mit einem gewissen Verdacht auf Seiten des Gegners rechnen muß. Im zweiten, schwierigeren Fall müssen den Bomben- und Gasgeschwadern eigentliche Kampfgeschwader vorausziehen, die bereit sind, austretende Luftabwehrkräfte des Feindes niederzutampfen oder zum mindesten abzulenken oder zu beschädigen.

Es fliegen dann etwa mit dem Ziel Düsseldorf einige leichte Bombengeschwader von irgendeinem Punkte Ost-Frankreichs auf. In kürzester Zeit sind sie mitten in der Nacht über ihrem Ziele. Sie fliegen niedrig. Sie rechnen damit, daß einige von ihnen von feindlichen Abwehrgeschützen getroffen werden. Ohne Verluste geht nichts im Kriege. Sie werfen über den größten, wichtigsten und mit Nachsicht arbeitenden Fabriken einige Bomben ab. Briangsbomben mit weißem Phosphor gefüllt. Ein Meer von mit Wasser unlöslichen Flammen erfüllt die getroffenen Fabriken. Alle Arbeiter rasen in die Keller, die Bevölkerung der Stadt, die einige Spezialbomben erhalten hat, flieht panikartig ebenfalls unter die Erde.

Ein drahtloses Telegramm aus einem Flugzeug meldet den Erfolg und ruft gleichzeitig die zweite Staffel herbei: Flugzeuge, die mit leichten Bergalern beladen sind.

Diese Bergaler sind in der Lage, kombiniertes Gas zu verbreiten, und zwar ein sehr heftiges Reizgas, das schon in den dünnsten Verdünnungen nicht ertragbar ist und alle Nasen durchschlägt, ein starkes Giftgas, das die aus den durch Reizgas unbewohnbar gemachten Kellern fliehende Bevölkerung fast und tötet.

Alle zwei, drei Stunden wiederholt sich ein solcher Doppelangriff von irgendeiner Seite der Stadt her, bis alles in ein Flammenmeer gehüllt ist und giftige Gaschwaden da lagern, wo Hunderttausende von Menschen vor ein paar Stunden noch gelobt hatten.

In ähnlicher Weise würde sich ein Angriff auf Berlin abspielen. Wenn es nur einem einzigen Bergalergeschwader gelingt, überraschend nach Berlin zu kommen und eine halbe Stunde lang in Ordnung und planmäßig zu wirken, lebt im Raume von Groß-Berlin, mit Ausnahme der entferntesten Vorstädte, vielleicht niemand mehr...

Abwehr? Endres sieht dafür keine Möglichkeit. Denn der Giftgaskrieg von morgen bedroht ja, wie wir sehen, nicht mehr allein das Leben der wehrfähigen Männer, die „ins Feld“ ziehen; er kommt zu der gesamten Bevölkerung, also auch zu den Frauen und Greisen und Kindern. Wie sollte es da möglich sein, etwa für die Bewohner einer Millionenstadt einen wirksamen Schutz zu schaffen gegen diesen Gast, der plötzlich und überraschend, wie eine lauernde Bestie, die Städte anspringt, in weitem Umkreis die Luft vergiftet und lebensvernichtend durch alle Ritzen und Poren dringt? Gasmasken haben gegen ihn nicht viel mehr Wert wie bloße Fackelmasken, und die Unterstände sind, wie sie sein müßten, eine Illusion. Sie müßten nämlich überall, zumindest in den größeren Städten und Industriezentren, schon vorhanden

Der übliche Dank

Die „Geschichte... Führung“

Am 11. wird mitgeteilt:
Der Reichskanzler berichtete am Dienstag dem Reichskabinett über die in Genf geführten Verhandlungen. Das Reichskabinett stimmte einstimmig die Haltung des Reichskanzlers und der deutschen Delegation und dankte dem Reichskanzler für seine geschickte und tatkräftige Führung der Verhandlungen.

Der Kanzler erläutert

Am Dienstagmorgen empfing Reichskanzler Müller Vertreter der Berliner Presse. Er verwies einleitend darauf, daß es gelungen sei, endlich zu offiziellen Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu gelangen; Müller fuhr dann fort:

„Briand hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das ein Novum darstelle. Es schien bei Beginn der Verhandlungen nicht sehr leicht zu sein, zu einem solchen Resultat zu kommen. Vertreter der anderen Staaten haben wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn die Sache auch weiterhin noch dilatorisch behandelt würde. Auch Cushing hat angedeutet, daß man die Räumungsfrage doch besser später behandeln würde. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die Krankheit Chamberlains hin. In ähnlicher Weise sprachen sich die Vertreter Belgiens und Italiens aus. Es gelang dann aber doch, zunächst die Verhandlungen der Sechs zustandzubringen. Am letzten Sonntag konnte, nachdem das Gelingen war, festgestellt werden, daß die Räumungsfrage offizieller Verhandlungsgegenstand geworden sei. Aber als wesentlich wichtiger noch erscheint es, daß auch offizielle Verhandlungen über die Reparationsfrage eröffnet worden sind. Es braucht nicht besonders betont zu werden, aus welchem Grunde Deutschland ein Interesse an der Festlegung einer endgültigen Endsumme hat.“

Darüber ist im deutschen und in ausländischen Parlamenten oft und viel gesprochen worden.

Es wäre dann weiter festzustellen, daß die deutsche Delegation in Genf weder in der Räumungsfrage noch in den Erörterungen über das Sicherheitsproblem irgendwelche Bindungen eingegangen ist, die etwa auch die deutsche Regierung oder das deutsche Parlament binden könnten. Es wäre ferner festzustellen, daß die deutsche Delegation bis zuletzt nachdrücklich auf der Trennung der einzelnen Verhandlungsgegenstände bestanden hat. Es ist deutscherseits niemals ein innerer oder äußerer Zusammenhang zwischen Räumung und Reparationen anerkannt worden. Allerdings ist zu bedauern, daß ein unmittelbarer Erfolg in der Räumungsfrage nicht erzielt worden ist. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Verhandlungen vollkommen erfolglos geblieben seien. Nachdem jetzt einmal die Räumungsfrage offiziell auf die Tagesordnung der internationalen Politik gestellt worden ist, wird sie von dieser Tagesordnung nicht mehr verschwinden, bis sie ihre Lösung gefunden hat.“

Noch keine Sitzung des auswärtigen Ausschusses

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: „Der Auswärtige Ausschuss wird erst nach Abschluß der Verhandlungen in Genf zusammentreten. Dem Vorsitzenden des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Scheidemann, ist in einer Besprechung mit dem Reichskanzler bestätigt worden, daß die parlamentarischen Mitglieder der deutschen Delegation in Genf den größten Wert darauf legen, an den Verhandlungen des Ausschusses teilzunehmen. Falls der Ausschuss vor Beendigung der Genfer Tagung zusammentreten sollte, würden die Herren zu ihrem lebhaften Bedauern Genf verlassen müssen. Da ein zwingender Grund zur Einberufung des auswärtigen Ausschusses vor Rückkehr der Genfer Delegation nicht vorliegt, dürfte seine Einberufung im September nicht mehr in Betracht kommen.“

den sein, und zwar technisch so ausgebaut und zahlreich, daß sie Tausenden und Millionen von Menschen bei einem plötzlichen Gasangriff sofort gasdichten Unterschlupf gewährten; sie mühten, auf Tage hinaus, mit Proviant versehen sein für diese Menschenmassen, und sie mühten schließlich auch Einrichtungen enthalten für jede Notdurftbefriedigung.

Schon im Weltkriege gewannen, bei der ständigen Steigerung seiner Mittel und Formen, die Vernichtungskräfte immer mehr das Übergewicht über die Abwehrmöglichkeiten, und mittlerweile sind Technik und Chemie noch gewaltig fortgeschritten, so daß für den Krieg von morgen, der da beginnen wird, wo der Weltkrieg endete, durchaus die praktische Möglichkeit besteht, ganze Städte und Völker auszurotten. Gibt es nichts, was solchen Wahnsinn abwehren, verhindern, überwinden könnte? Endres begegnet dem Pazifismus aller Richtungen mit großer Skepsis, lehnt es jedoch im übrigen ausdrücklich ab, auch auf das Antikriegsproblem näher einzugehen: was sehr zu bedauern ist, denn diese Hintanhaltung einer für alle Völker der Erde direkt lebenswichtigen Frage macht sich in der ausgezeichneten und sonst so erschöpfenden Studie als Lücke, als Unterlassungsfehler fühlbar.

Alles in allem: Endres sieht kein Mittel zur Verhinderung des Krieges, die Friedensfrage sei eine Machtsfrage. Allerdings; nur ist, blüht uns, dieses Axiom dahin zu ergänzen: Der Weltfriede ist eine Frage der politischen Macht des Weltproletariats, weil dieses Proletariat innerhalb der bestehenden Gesellschaft die einzige Klasse ist, deren Lebensinteressen den Weltfrieden mit Notwendigkeit bedingen, weil dieses Proletariat die historische Verneinung des Kapitalismus und seiner imperialistischen Tendenzen darstellt, somit auch die historische Verneinung des Krieges. Und daraus folgt mit Notwendigkeit auch das Mittel zur Überwindung des Krieges, das einzig wirksame Mittel, darauf aller Wille und alle Macht einer positiven Friedenspropaganda zu konzentrieren sind, dieses Mittel, vor dem freilich der bürgerliche Pazifismus zurückschreckt, denn es heißt: Revolution — sofortiger Aufstand der Völker bei akuter Kriegsgefahr!

Die „Mobilisierung“ der Großbetriebe

Wie Resolutionen zustande kommen

Wir stellen fest, daß bei der Begründung des kommunistischen Volksentscheidungskomitees in Leipzig von 730 Betrieben, in denen Betriebsvertretungen der Arbeiter vorhanden sind, ganze 40 dem Werberufe der Kommunisten folgten. Diese Feststellung hat die Redaktion der SZJ in den Harnisch gebracht. Ueber mehr als eine Spalte lang werden die Sozialdemokraten erneut vernichtet. Dabei leistet sich die SZJ so zumischendurch noch ein kleines Schwindelmanöver. Während sie vor Wochenfrist selbst mitzuteilen gezwungen war, daß sich nur Vertreter von 40 mittleren und größeren Betrieben bei der konstituierenden Sitzung eingefunden hätten, wird jetzt behauptet, daß „40 größere Betriebe“ vertreten waren. Auf einen Schwindel oder weniger kommt es schließlich nicht mehr an, aber wie diese Vertretungen zustande kommen, dafür ein Beispiel, über das in der Mannheimer Volksstimme berichtet wird. Dort schreibt ein Arbeiter des Strebelwerkes, in dem von den Kommunisten eine der von den Vorkleitern vorgeschriebene Versammlung einberufen wurde. Als Redner hatte man sich das frühere Mitglied des Reichstages, Rosenbaum, verschrieben. Die Besetzung des Strebelwerkes umfaßt 2000 Arbeiter. Was nun aus dieser Versammlung trotz der großen Rednerkanonen geworden ist, das berichtet ein Arbeiter dem obigen Organ. Er schreibt:

„Zunächst sei festgestellt, daß in der letzten Betriebsversammlung 60-70 Mann anwesend waren bei einer Stärke des Betriebs von über 2000 Mann. Von diesen 60 Kollegen stimmten 40 für die Resolution, die besagt, daß ein Komitee gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr gebildet werden soll. Bei sonstigen Betriebsversammlungen waren immer 150-200 Kollegen anwesend, manchmal noch mehr, und da wird man doch nicht behaupten wollen, daß die 40 Arbeiter eine Belegschaft von 2000 präsentieren. In dieser Versammlung wurde auch der Beschluß gefaßt, eine neue einzuberufen, in der ein Vertreter der KPD und SPD über den Panzerkreuzer sprechen sollen. Nachdem das Komitee nun von der SPD keine Antwort erhalten hatte, versuchte man es auf folgende Art: Man hielt den sozialdemokratischen Arbeitern ein Schriftstück vor zur Unterscheidung, in dem es heißt, daß der Unterzeichner von der Partei einen Referenten verlangt zur Betriebsversammlung. Da kamen sie aber schön an, denn sie erhielten keine einzige Unterschrift, sondern wurden überall abgewiesen. Trotzdem kam ein Aufschlag heraus, der in bestimmter Weise sagte, daß in der zweiten Versammlung ein Vertreter der SPD und KPD sprechen wird. Auf Erkundigungen hin erfuhr man, daß wohl einer eingeladen war, aber keine Zustimmung bekommen hatte. Trotz dieser Aufmachung und trotz verschiedener Flugblätter erschienen im ganzen 70 Mann. Ueber die Hälfte sah in der Wirtschaft. Als trotz Aufforderung niemand in den Saal ging, flüchtete man die Türen und rechnete so die Wirtschaft zum Saal. Der Referent, ein Herr Rosenbaum, hatte ungefaßt die Hälfte seines Referats erledigt, als der hintere Teil des Saales vollständig leer war. Ein Beweis, daß auch das Aufmachen der Tür keinen Zweck gehabt hat. Von den ganzen Mannheimer Betrieben, die eingeladen waren, schickten nur drei, Benz, Reifung, Stahlwerk, Delegationen. Die anderen drei waren nicht delegiert, sondern Vertreter der jeweiligen KPD-Zelle. Der Referent erzählte, die sozialdemokratischen Arbeiter hätten Angst vor ihren Führern, sonst würden sie mitmachen. Es sei ferner nicht so wichtig, die 20 Millionen zu erreichen, sondern die Massen an die KPD zu bringen und zu halten. In der Diskussion sprachen die verschiedenen Betriebe, daß sie noch kein Komitee hätten, sondern erst bilden wollten. Ein Mitglied des Leninsbundes warf dem Komitee vor, daß die Resolution ohne ihn ausgemacht wurde; den Referenten entgegnete er, daß der Volksentscheid Schwindel sei und nicht ernst sei, sondern andre Mittel ergriffen werden müssen. Dieser Mann aber sieht im Komitee für Volksentscheid, obwohl er überzeugt ist, daß es Schwindel ist. Mit diesem Beispiel zwischen linken und rechten Kommunisten wurde die Versammlung geschlossen, nachdem noch eine Resolution angenommen wurde. Und das Resultat, es waren trotz Delegationen nur noch 50 Mann da, die, das sagte man selber, das Strebelwerk nicht seien und auch nicht viel anfangen können. Die Arbeiter haben erkannt, daß die Entscheidung früher fallen muß, und zwar bei der zweiten Rate. Es gilt alle Kräfte zu entfachen, um die zweite Rate zu verhindern. Wir sozialdemokratischen Arbeiter verlangen, daß unsere vier Minister den Bau des Panzerkreuzers verhindern, indem sie die nächste Rate ablehnen. Das erwarten wir von ihnen und sehen unsere ganze Kraft dafür ein.“

So etwa dürfte es auch in den „40 größeren Betrieben“ in Leipzig zugegangen sein, die einen Vertreter in die Versammlung für die Begründung des Volksentscheidungskomitees gesendet haben. Wir unterflichen die letzten Sätze aus dem Schreiben des Mannheimer Betreibers bedauernd und das dürfte auch die Aufklärung der weitaus größten Mehrheit der Leipziger Arbeiter sein.

Ministerpräsident Venizelos wieder genesen

ATW Athen, 17. September

Ministerpräsident Venizelos, der, wie erinnerlich, Anfang des Monats an dem hier herrschenden Denguefieber erkrankt war, wird heute das Krankenhaus verlassen.

Die Genfer Abrüstungsabotage

SPD Genf, 18. September.

Die Abrüstungsverhandlungen im Völkerbund drohen zu einem Abrüstungsstau zu werden. Was sich am Dienstag in der Abrüstungskommission der Völkerbundsversammlung abspielte, gliedert die übelsten Praktiken früherer Diplomatenkonferenzen auf ein Haar. Bei der Abstimmung über die Empfehlung der deutschen Kriegserhaltungsvorschläge an die Volksversammlung mußte Deutschland erst beantragen, daß in diese Resolution der bei allen Sicherheitsverträgen übliche Passus, daß die Vorschläge dazu beitragen, die Sicherheitsgarantien zu vermindern, aufgenommen wird. Sofort wandten sich England und Polen gegen diesen Passus, wobei Polen betonte, daß die Kriegserhaltungsvorschläge nur deshalb an die Volksversammlung überwiesen würden, damit sie den Regierungen zur Begutachtung zugeandt werden könnten. Nach langem Hin und Her wurde die deutsche Forderung schließlich erfüllt. Eine polnische Ergänzung über die notwendige Kontrolle der Heere in Konfliktfällen wurde in veränderter Form gleichfalls angenommen.

Anschließend begann die Debatte über die Fortführung der Abrüstungsarbeiten. Paul-Boncour legte eine Resolution vor, in der anerkannt wird, daß manche Staaten ihre Sicherheit für noch nicht genügend halten könnten, daß aber die Verträge von Locarno und die Rüstungsbeschränkungen der Friedensverträge ein erstes Abkommen für die Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen nötig machten. Von dem Völkerbundsvertrag, seinem Sicherheitswert und seiner Abrüstungsforderung sagt die Resolution kein Wort. Dagegen sollen die 50 in Genf versammelten Staaten dem Rüstungsvergleich, den kaum die englische und die französische Regierung kennen, ihre Anerkennung aussprechen. Schließlich wird gefordert, die Abrüstungskommission Ende des laufenden Jahres oder Anfang des Jahres 1929 zusammentreten zu lassen. Im Laufe seiner mündlichen Ausführungen erkannte Paul-Boncour an, daß der Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen in Wahrheit nicht mehr durch technische, sondern durch hochpolitische Schwierigkeiten aufgehalten werde.

Der Holländer Loudon bemühte sich sehr eifrig, die Abrüstungsarbeit des Völkerbundes überhaupt zu einer leeren Formelache zu machen. Er, der Vorsitzende der Abrüstungskommission, wollte diese selbst kritisieren, indem er vorschlug, in Paris eine Konferenz der fünf Seemächte abzuhalten, die sich außerhalb des Rahmens des Völkerbundes einigen solle. Paul-Boncour hieb in dieselbe Kerbe, indem er von der Tragik sprach, die darin liege, daß das französisch-englische Marineabkommen noch nicht von den anderen Seemächten angenommen sei. Lord Cushing wandte sich erregt gegen die geplante Pariser Konferenz, nicht etwa, weil sie die Abrüstungsverhandlungen der Aufsicht des Völkerbundes entziehen, sondern weil sie angeblich eine Revision des Washingtoner Abkommens bedeuten würde. Der wirkliche Grund war, daß England sich unbedingt erst mit Amerika einigen will, ehe es sich mit Frankreich, Italien und Japan an einen Tisch setzt. Die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz interessierte den Engländer nicht; sie müßte hinausgeschoben werden, bis die Schwierigkeiten beseitigt wären.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.



Loudon

Die Gärung in Spanien

ATW Paris, 18. September.

In einer Agentenmeldung aus Madrid wird über Hausdurchsuchungen in dem Gebäude der Freimaurerloge in Madrid berichtet, die zur Verhaftung des Großmeisters der Loge, Danielo Anguiano, und anderer gerade in dem Gebäude anwesenden Personen führten. Die Polizei soll zahlreiche Dokumente beschlagnahmt haben, darunter Listen der den verschiedenen Logen des Landes angehörenden Mitglieder. Die Verhafteten wurden in das Madrider Hauptgefängnis übergeführt und werden dort streng bewacht. Jede Verbindung mit der Außenwelt ist ihnen verwehrt. Das Logengebäude wurde versiegelt. Die Zugänge werden Tag und Nacht bewacht.

Kennt der Reichspräsident den Friedensvertrag?

Reichspräsident gegen Befehlshaber Ober-Ost

31 Berlin, 18. September.

Der Reichspräsident Herr von Hindenburg hat in einer Rede in der nach ihm benannten Ortschaft anlässlich seines Schließens seines Erstaunens über die Völkerbundsentscheidung vom 20. Oktober 1921 Ausdruck gegeben. Nach dem Vertrage von Versailles sei die Zerstückung Oberschlesiens unmöglich gewesen, und da 80 Prozent für Deutschland gestimmt hätten, so hätte das Land ungeteilt bei Deutschland bleiben müssen, auch im Sinne wirtschaftlicher Vernunft, da es ein einheitliches Industriegebiet sei.

Falls es sich bei dieser Äußerung des Herrn Reichspräsidenten um eine Meinung seines verantwortlichen Bureaus handelt, so ist zu erwidern, daß die hierauf bezüglichen Stellen des Artikels 88 des Friedensvertrages lauten:

„In dem Teile Oberschlesiens, der innerhalb der nachstehend beschriebenen Grenzen gelegen ist, werden die Bewohner derufen, im Wege der Abstimmung bekanntzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen.“

Anlage, § 4. . . . Das Abstimmungsergebnis wird gemeindefeise, und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde, festgestellt.“

Anlage, § 5. Bei Abschluß der Abstimmung wird die Stimmzahl in jeder Gemeinde den alliierten und assoziierten Hauptmächten mit einem erschöpfenden Bericht über den Wahlschleissel mitgeteilt. Beizufügen ist ein Vorschlag über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willensäußerung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands anzunehmende Linie.“

Anlage, § 8. Sobald die Grenzlinie von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgestellt ist, hat der Ausschuss der deutschen Behörden mitzuteilen, daß sie die Verwaltung des als deutsch anerkannten Gebietes wieder zu übernehmen haben. . . .“

Hieraus geht klar hervor, daß von vornherein eine Teilung Oberschlesiens vorgesehen war.

Falls es sich bei der Äußerung des Herrn von Hindenburg jedoch um seine private Meinung handeln sollte, so sei er an die Denkschrift erinnert, in der die ihm als Oberbefehlshaber unterstellte Dienststelle Ober-Ost für die Verschleibung der deutschen Grenze gegen das Deutschland geschaffene Polen um etwa 45 Kilometer nach Osten eintrat. Diese Vergrößerung auf Kosten Polens sei im Interesse Oberschlesiens notwendig, das als Industriegebiet an sich überhaupt nicht lebensfähig sei und es nur durch Annetierung des polnischen Ertrages gebietet werden könne.

Während des obereschlesischen Abstimmungskampfes hatten die verantwortlichen deutschen Stellen große Besorgnis, daß diese Denkschrift Hindenburgs in polnische Hände fallen könnte, da aus ihr „schlagend“ hätte „nachgewiesen“ werden können, daß im eigenen Interesse dieses Land — da nach dem Umfchwung des Kriegsschicks an eine Annetzung polnisches Gebietes durch Deutschland nicht mehr zu denken sei — ungeteilt mit Polen vereinigt werden müsse.

Überfall in Mecklenburg

ATW Schwerin, 18. September.

Der frühere demokratische Justizminister Mecklenburgs, der jetzige Ministerialdirektor Dr. Brückner, wurde heute vormittag auf der Schlossstraße in Schwerin vor dem Regierungsgebäude von einem vornehm gekleideten, unbekanntem jungen Mann angegriffen. Mit einer Handgepöckel schlug der Unbekannte auf Ministerialdirektor Brückner ein, zerstückte ihm die Weste und verletzte ihn durch wichtige Schläge am Kopf. Als der Landeshauptrat Puls hinzutrat, ergriff der Täter unerkannt die Flucht. Der Vorfall wurde von Beamten des Ministeriums und von Passanten beobachtet.

Ein finnenstellender Fehler

In unserem gestrigen Leitartikel „Das Vetorecht des Finanzministers“ hat sich ein finnenstellender Fehler eingeschlichen. Am Ende des achten Absatzes wurde geschrieben:

„Selbst wenn sich die Mehrheit der Minister gegen den Widerspruch des Finanzministers erklärt, dann ist er abgelehnt, wenn der Reichskanzler mit dem Reichsfinanzminister stimmt.“

Wie aus dem zitierten Paragraph 21 der Reichshaushaltsordnung zu ersehen war, muß es richtig heißen:

„Selbst wenn sich die Mehrheit der Minister gegen den Widerspruch des Finanzministers erklärt, dann ist er angenommen, wenn der Reichskanzler mit dem Reichsfinanzminister stimmt.“

Die Angstwahlen in Schweden

SPD In Schweden fanden am 15. und 16. September bis auf Stockholm die Wahlen zur zweiten Kammer statt. In der Landeshauptstadt wird erst am 21. d. M. gewählt. Das dortige Ergebnis dürfte aber an dem Gesamtergebnis kaum noch etwas ändern, so daß die zu verzeichnende Stärkung der Rechten und ein nicht unbedeutlicher Rückgang der Sozialdemokratie als gegebene Tatsache betrachtet werden muß.

Die drei letzten Wahlen zur zweiten Kammer hatten folgendes Ergebnis:

	1921	1924	1928
Konservative	62	65	67
Bauernbund	21	23	26
Liberales		4	3
Volkspartei	41	29	27
Sozialdemokraten	99	105	83
Kommunisten	7	4	6
	230	230	212

Die Tabelle ergibt nach dem vorläufigen Resultat ohne Stockholm einen Rückgang der sozialdemokratischen Mandate von 105 auf 83. Von den 18 in der schwedischen Hauptstadt zu wählenden Abgeordneten werden voraussichtlich noch 8 auf die Sozialdemokratie entfallen, so daß ein Gesamtverlust von 14 sozialdemokratischen Mandaten zu verzeichnen wäre, während die Mandatsziffer der Kommunisten sich einschließlich Stockholm von 4 auf 7 steigern dürfte. Die Konservativen werden voraussichtlich statt bisher 85 insgesamt 75 Mandate erhalten. Der verhältnismäßig starke Rückgang der sozialistischen Mandate ist trotz einer Steigerung der Stimmziffern von 651 543 im Jahre 1924 auf 761 346 bei den diesjährigen Wahlen zu verzeichnen.

Die starke Steigerung der bürgerlichen Stimmen ist zweifellos auf die von der bürgerlichen Presse wochenlang gepredigte „Sozialistische Gefahr“ zurückzuführen. Eine ganze Anzahl an sich unbedeutender Vorfälle, wie die Verhaftung sowjetrussischer Presse- und Handelsvertreter in Stockholm, die Marinemänner der Sowjetflotte in schwedischen Gewässern und ähnliche Vorkommnisse wurden von dem Bürgertum klammernsgemäß gegen die „kommunistenfreundliche“ Sozialdemokratie ausgebeutet. Auch ein von dem bisherigen sozialistischen Ministerpräsidenten Edman auf sozialistische Initiative hin eingebrachtes Gesetz, das jedes Erbrecht auf Verwandte zweiten Grades nur noch in aufsteigender Linie, also nicht für Väter und Väter, gelten läßt, dürfte die bürgerliche Bevölkerung nach rechts getrieben haben.

Schweden ist also vorläufig von der erwarteten sozialistischen Mehrheit „verhont“ geblieben. Wahrscheinlich wird ein bürgerliches Ministerkabinett auch weiterhin die Geschicke des Landes im Interesse der vorübergehend aufgestellten Speigebürger leiten.

Amerika - Europa

Washington zu den Genfer Verhandlungen

II. New York, 18. September.

Zu den Genfer Sechsmächtebesprechungen wird von amtlicher Washingtoner Seite erklärt, daß die amerikanische Regierung sich erst aus den amerikanischen Zeitungen habe unterrichten müssen. Eine Forderung des Dawesplanes könne nicht ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten erfolgen, da Amerika mit 225 Prozent an den Daweszahlungen interessiert sei.

Diese Erklärung zeigt erneut, daß Amerika an einem inoffiziellen Beobachter bei den zu erwartenden Verhandlungen interessiert ist, es würde sich aber weigern, an Besprechungen teilzunehmen, die unter Umständen zu einer Verbindung der Frage der Kriegsschulden mit der der Reparationen führen könnten. Der Kongreß hat mit Ausnahme des französischen Schuldenabkommens sämtliche anderen Schuldenabkommen ratifiziert und mißt im Falle einer Wiederholung erneut gestraft werden. Als wahrscheinlich wird nun angenommen, daß der Kongreß eine Forderung nicht finden werde. Was den Verkauf der Eisenbahnobligationen angeht, so bezieht man dies als eine Frage, über die die Bankiers entscheiden müssen. In Finanzfragen wird betont, daß eine Transaktion von beratig ungenügender Ausmaße in absehbarer Zeit auf amerikanischem Markt unmöglich sei.

Aus allem klingt immer wieder die Befürchtung heraus, daß Deutschland sich von den Alliierten in eine Front gegen Amerika bringen lassen könnte.

II. New York, 19. September.

In amerikanischen Kreisen verlautet, daß der amerikanische Konsul in Genf an Kellogg telegraphiert habe, die alliierten Vertreter hätten erklärt, die amerikanische Teilnahme an der Ausarbeitung der Währungsverschiebung der Reparationsfragen sei nicht nötig.

Die Diktatur des Mörders

Das Theaterprogramm Mussolini's

II. Rom, 18. September.

Das Befehlsblatt der faschistischen Partei veröffentlicht am Dienstag das Regierungsprogramm, das Mussolini, wie gemeldet, vor dem Großen Faschistenrat entwickelt hat. Es umfaßt die letzten Monate des laufenden Jahres und das nächste Jahr. Danach werden im Oktober 20 000 Arbeiter zum Straßenbau kommandiert werden. Auf eine Entfernung von 60 Kilometern werden alle Straßen, die von Rom ausgehen, sowie die Grenzstraßen einseitig ausgebaut werden. Am 10. Oktober wird in Rom die Tagung der Direktoren aller faschistischen Tageszeitungen Italiens beginnen. Am 25. Oktober folgt großer Rapport der 92 Provinzialsekretäre der

Partei in Rom. Am 27. und 28. Oktober findet die Feier des Jahrestages des Marsches auf Rom statt. Hierbei wird u. a. vor dem Altar des Vaterlandes ein Teil der dem Staat von den Insassen gestifteten inneren Schuldbücher verbrannt werden. Der Hauptteil dieser Titel wird in den Gasmasken von Ostia verhehrt werden. Ferner erfolgt am Jahrestag die Eröffnung neuer öffentlicher Gebäude und die Entzündung zahlreicher Gedenktafeln, sowie die Verlesung einer Botschaft Mussolinis an die Schwarzgehenden. Am 3. November beginnt die Tagung der Landwirte in Rom, zu der etwa 50 000 Teilnehmer erwartet werden. Anfang November werden ferner der Senat und die Kammer zusammentreten. Sie sollen bis etwa Mitte Dezember ihr Arbeitsprogramm erledigen. Damit schließt die 27. Legislaturperiode der Kammer. Im Januar werden die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände die Kandidaten für die neue Kammer vorschlagen. Im Februar erfolgt die Auswahl der Kandidaten durch den Großen Faschistenrat. Am 24. März, dem Jahrestag der Gründung des Faschismus, erfolgt dann die feierliche Wahl, der sich am 21. April die Eröffnung der neuen Kammer anschließt. Gleichzeitig wird die 3. faschistische Aushebung stattfinden. Mussolini, der dem König im Januar eine Liste neuer Senatoren vorschlagen will, schließt sein Programm mit der Bemerkung, daß er für den Schluß des Jahres 1929 und für das Jahr 1930 bereits die Grundlinien der Arbeit festgelegt habe: „So dauere das Regime und marschiere!“

Ausfaltungen in Ugram

III. Ugram, 18. September.

Eine Gruppe Jugendlicher veranstaltete gestern gegen eine Truppe von Kuban-Kosaken, die eine Reiterveranstellung planten, feindselige Kundgebungen. Etwa 200 junge Leute bewarfen die Kosaken, als sie durch die Straßen ritten, mit Steinen und verunreinigten dabei drei Kelter, darunter den Kosakengeneral Paulitschenko. Darauf entziffeln die Störenfriede den Kosaken die Fahne und verbrannten sie mit dem Ruf: Die wahre russische Fahne ist die rote Fahne.

Ein reuiger Sünder

III. Moskau, 18. September.

Heute wurde ein Beschluß der Zentralkommission veröffentlicht, wonach der Sowjet-Handelsvertreter in Frankreich, Platankow, der vom 15. Parteitag zusammen mit anderen Oppositionellen aus der Partei ausgeschlossen worden war, wieder in die kommunistische Partei aufgenommen wird. Platankow hatte nach seinem Ausschluss ein Gesuch eingereicht, in dem er von der trotzkischen Opposition abrückte und seine Fehler eingestand.

Kämpfe in Nordchina

III. London, 19. September.

Times berichten aus Peking: Es haben erste Kämpfe in Nordchina zwischen den Mandschurtruppen und Kisten der Schantungstreitkräfte stattgefunden. Die Mandschurtruppen haben eine Niederlage erlitten. Ihre Verluste werden auf mehrere hundert Tote und mehrere tausend Verletzte geschätzt. Laut Times ist es möglich, daß ein Teil des Mandschurheeres zu Tschangschungschang übergegangen ist.

Die katholische Kirche in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 18. September.

Der Innenminister sandte Zirkulare an die Gouverneure sämtlicher Bundesstaaten und ordnete die Desamplifikation sämtlicher Kirchen an, die infolge des Religionskonfliktes geschlossen worden waren. Dieser Schritt bedeutet jedoch keine Veränderung der bisherigen Regierungspolitik in der Religionsfrage, da auch weiterhin die Geistlichen zur Registrierung bei den zuständigen Behörden verpflichtet sind und die Kirchenaufsicht den Laien-Katholikern anvertraut ist. Nichtsdestoweniger bedeutet die Handlung eine unangenehme Verwundung gegenüber den Katholiken und einen vorbereitenden Schritt zur Konfliktsbeilegung.

Der Schlußtermin der Weltausstellung

III. Köln, 18. September.

Die Zeitung der Weltausstellung teilt mit: „Den vielen an die Leitung der Internationalen Weltausstellung Köln 1928 gerichteten Wünschen nach Verlängerung der Ausstellungszeit kann aus verschiedenen Gründen nicht entsprochen werden. Es bleibt daher bei dem von Anfang an vorgeschlagenen Schlußtermin, wonach der 14. Oktober der letzte Tag der Ausstellung ist. Die Weltausstellung wird mit einer besonderen Feier abgeschlossen werden.“

Die „Königliche“ Eisenbahn

III. Am Gebäude des Hauptbahnhofes in Hagen in Westfalen befindet sich über einem Wartesaalfenster immer noch die Ueberschrift „Königliche Eisenbahndirektion Elberfeld“. Auf eine Beschwerde hat die Reichsbahndirektion Elberfeld mitgeteilt: „Es ist in Architektentreisen üblich, bei Hochbauten den Namen des Bauherrn am Gebäude zu verzeichnen. Im vorliegenden Falle war Bauherr die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld. Die Aufzeichnung dieser Tatsache an dem Fenster des Wartesaales hat lediglich historische Bedeutung. Es liegt daher kein Grund vor, die Inschrift zu entfernen oder abzuändern.“

Die Kommissionen berichten

SPD Genf, 18. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes, die am Dienstag wieder zusammentrat, erledigte acht Tagesordnungspunkte fast ohne jede Diskussion. Die Vorschläge der einzelnen Kommissionen wurden gebilligt.

Im Stadium der Vorbereitung befindet sich ein finnischer Antrag auf finanzielle Unterstützung eines angegriffenen Staates. Hier entschied die Versammlung, den Finanzexperten die weitere Klärung der schwierigen Materie anzupfehlen. Ist der Konventionsentwurf der Finanz- und Sicherheitskommission fertig, dann soll er zunächst den Regierungen zur Stellungnahme überhandt werden. Angenommen wurde der Bericht über die Tätigkeit der Kinderbeschäftigungskommission. Die Kommission soll ein Abkommen über die Einbürgerung Minderjähriger, deren Eltern unbekannt sind, entwerfen, ferner für den Schutz von Kindern im Auslande und über die Eintreibung von Alimenten bei Vätern, die sich ihren Verpflichtungen durch Flucht in das Ausland zu entziehen suchen.

In dem Bericht der Kommission gegen den Frauenhandel werden die Regierungen, die noch eine tolerierte Prostitution haben, aufgefordert, die Möglichkeit einer Aufhebung der Prostitution nochmals zu prüfen. Die Regierungen werden weiter auf die glänzendsten Erfahrungen mit weiblicher Polizei für die Betreuung jugendlicher aufmerksam gemacht. Der englische Delegierte ergriff das Wort, um eine energiegeladene Bekämpfung des Frauenhandels zu fordern. Der Bericht der Englischen Kommission zeigte, daß der Völkerbund wertvolle Arbeit in der Suchenbekämpfung leistet.

Der Bericht über die Sklavereikommission wurde ebenfalls in der Ausschussfassung angenommen, ebenso der Bericht über die Mandate. Dagegen wurde die vom Rat der Versammlung zugewiesene Frage der armenischen Flüchtlinge an den Budgetausschuß verwiesen; sie soll aber noch in dieser Tagung endgültig erledigt werden.

In der Budgetkommission des Völkerbundes erschienen am Dienstag Loucheur und Breitscheid als Beauftragte der Wirtschaftskommission, um einen zusätzlichen Kredit von 15 000 Frank zu fordern. Loucheur teilte mit, daß man sich entschlossen habe, die Arbeit des industriellen Komitees im nächsten Jahre zu beschränken, die geplante internationale Handelskonferenz und die Veterinärkonferenz zu verschieben sowie zwei Tagungen der Zoll-Experten ausfallen zu lassen, um mit den vorhandenen Mitteln die geplanten Konferenzen über die Zucker- und Kohlenfrage sowie die Untersuchungen über den Alkoholsmuggel zu ermöglichen. Die Budgetkommission bewilligte nach warmer Empfehlung durch Deutschland, Oesterreich, Finnland und andere Länder die geforderten 15 000 Frank.

Das Budget des Internationalen Arbeitsamtes wurde nach nochmaligem scharfen Wortwechsel zwischen Thomas, dem Norweger und dem Indier schließlich ohne Sireisungen angenommen. Dem Norweger muß zugestanden werden, daß seine Behauptung, die Beamtenschaft des Internationalen Arbeitsamtes sei nicht unparteiisch international zusammengesetzt, durch die zahlenmäßigen Angaben, daß sich unter den Beamten 95 Franzosen, 75 Briten und nur 85 andere Beamte befinden, gerechtfertigt wird.

Eine Schülertragödie

SPD Wien, 10. September. (Radio.)

Aus dem kleinen Borarlbergstädtchen Dornbirn wird eine erschütternde Kindertragödie, die in mancher Hinsicht an die Steglitzer Scheller-Angelegenheit erinnert, berichtet.

Die 13-jährige Tochter des Kaufmanns Oberholzer hatte im vergangenen Winter in der Tanktunde mit dem 18-jährigen Gymnasialisten Luggler eine Freundschaft geschlossen, aus der sich nach einiger Zeit ein Liebesverhältnis entwickelte. Die Eltern des Mädchens verbieten dem jungen Manne das Haus. Die jungen Leute trafen sich dann in geheimen Zusammenkünften in der Umgegend. Als die Eltern eines Tages einen Besuch abstatteten, bestellte das junge Mädchen ihren Freund in die Wohnung.

Vorübergehende hörten Schüsse und sahen, wie Luggler aus dem ersten Stockwerk herabsprang und blühte.

Wenige Augenblicke später kam der 19-jährige Werner Oberholzer blutüberströmt aus dem Hause und rief: „Meine Schwester hat mich ermordet.“ Dann führte er bewußtlos zusammen und wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo man feststellte, daß der junge Mann durch drei Revolverkugeln lebensgefährlich verletzt worden war. Er wurde sofort operiert, doch wird sein Zustand als sehr ernst bezeichnet.

Eine Gerichtskommission hat inzwischen festgestellt, daß es zwischen den beiden Schülern zu einem Wortwechsel gekommen war, der in Tätlichkeiten ausartete, und daß in diesem Augenblick

das Mädchen eine auf dem Tisch liegende Pistole ergriffen und auf den Bruder vier Schüsse abgefeuert

hat, von denen drei trafen. Die Mordwaffe hatte Luggler mitgebracht, und es wird angenommen, daß die jungen Leute Selbstmord verüben wollten. Das Mädchen ist verhaftet worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Liebmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Dupont & Seifert in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittgensteinschlag Leipzig.

Gesunde Nerven, Blut, Körperkraft erhöhen die Leistungsfähigkeit! Beste Erfolge durch Salomonphat, bestes Geschenk für Jedermann. Allein Könl-Salomo-Apotheke, Postversand Grimmaische Straße 17

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

KON LINON



In neuer Geschmacksrichtung

SULIMA

REVUE

CIGARETTEN

Macedonische Mischung

Fortschritte auf dem Juristentag
Verreichlichung der Justiz - Strafprozessreform -
Schutz der Arbeitskraft

Die deutsche Justiz entspricht nicht dem Kultur-
zustande des Menschenalters.
Senatspräsident Reichert auf dem Juristentag.
R. Der Satz in dieser Schärfe geprägt vom Senatspräsidenten
beim Reichsgericht Reichert auf dem letzten zu Ende gegangenen
35. Juristentag, blieb in der Versammlung unumstritten; die
anwesenden Richter haben die ihnen hier verabreichte bittere
Wille der Erkenntnis schuldig zu sein. Den tieferen Sinn dieser Worte
legte aber der Berliner Bezirksbürgermeister Gen. Karl Herz bloß;
was anders beklagen sie, als daß die Rechtspflege, wie sie heute ist,
den Interessen der Rechtsuchenden nicht mehr entspricht; daß der
Richterbeamte seiner ganzen Tradition nach in der Vergangenheit
stehe. Was nochtue, sei die moderne, sozial eingestellte Richter-
persönlichkeit.

Gegen diese Auslegung seiner Worte versuchte Senatspräsident
Reichert Verwahrung einzulegen. Vergeblich! Sein engerer
Kollege, der Berichterstatter in der strafrechtlichen Abteilung, gleich-
falls Senatspräsident am Reichsgericht, Dr. Lobe, ließ auch den
Richter selbst nicht unversorgt; er übte an ihm eine Kritik, so
hart, daß selbst Gen. Kurt Rosenfeld zugestehen mußte, daß er, der
sonst zu den schärfsten Kritikern des Richterlums gehöre, eine ener-
gischere Sprache nicht zu führen imstande gewesen wäre.

Man täusche sich nicht; haben sich auch die Senatspräsidenten
Reichert und Lobe zum Sprachrohr des Juristentages gemacht, so
wäre es ein unverzeihlicher Optimismus zu glauben, die gleiche Er-
kenntnis sei Besitz des deutschen Richtertums in dessen Gesamtheit;
und doch stand der 35. deutsche Juristentag im Zeichen des Aus-
spruchs des Senatspräsidenten Reichert; die beiden wichtigsten
Punkte der Tagesordnung; die Verreichlichung der Rechtspflege
und die Reform des Strafverfahrens waren nicht zuletzt Ausfluß
der in seinen Worten zum Ausdruck gelangten Erkenntnis. Selbst
der Juristentag ist dem Ansturm der Zeit gegenüber machtlos.

Wit besonderer Stärke offenbarte sich diese Tatsache bei der
Erörterung des Problems der Verreichlichung der Justiz. Zwar
versuchte der Berichterstatter, Senatspräsident Reichert, die ge-
fährlichen Klippen der Politik zu umschiffen. Sein Korreferent,
der Präsident des bayerischen Obersten Landesgerichts Dr. v. Un-
zner, legte aber mit dankenswerter Offenheit die engsten Zu-
sammenhänge zwischen Politik und Rechtspflege
bloß. Er, der oberste bayerische Richter, dürfe wahrlich als bester
Kronzeuge für die Verquickung von Politik und Rechtspflege gelten.
Was Wunder, daß er den Anhängern der Verreichlichung der Justiz
die gleichen politischen Motive unterstühle, die für die bayerische
Justizverwaltung in den letzten Jahren oberstes Gebot gewesen.
Was Wunder, daß er sich zu seinem unerhörten Ausfall gegen die
verhättnispreußische Koalition verließ und sie als Beispiel für die
im Falle der Verreichlichung der Justiz zu erwartende Personal-
politik hinstellte. Der oberste bayerische Richter, der seine hoch-
erfüllten Aufgaben und Verbindlichkeiten wohlbedacht vom Kon-
zept ablas, erhielt vom Juristentag eine gebührende Abfuhr. Nicht
allein die Abtötung in der öffentlich-rechtlichen Abteilung -
89 für die Verreichlichung, 84 dagegen - sondern auch der nicht
endenwollende Weisfall der Plenarversammlung, der die Bekannt-
gabe dieses Abstimmungsresultates durch den Senatspräsidenten
Reichert begleitete, zeigte, daß der bayerische Justizpartikularismus
nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat. Die Verreichlichung
der Justiz ist auf dem Marsche.

Nicht weniger zwingend ist das Bewußtsein der völligen Un-
haltbarkeit des heutigen Strafverfahrens. Darin waren sich sowohl
Gutachter als Berichterstatter des Juristentages einig. So blieb
den Genossen Dr. Kurt Rosenfeld (Berlin) und Nationalrat
Dr. Eiler (Wien) als Sprechern der proletarischen Massen
nichts anderes übrig, als deren Forderungen im großen und ganzen
beizupflichten. Der erste ließ aber keinen Zweifel darüber, daß bei
der Neuschaffung der Strafprozessreform die Grundzüge des Ent-
wurfes zum Strafgesetzbuche maßgebend sein müssen; ist hier der
Täter, nicht die Tat ausschlaggebend, so muß doch dem Richter die
Möglichkeit gegeben werden, die Persönlichkeit des Täters auszu-
schöpfen. Dies ist aber nicht möglich, solange der Vorherrschende
in der Gerichtsverhandlung gewissermaßen die Fortsetzung des
Untersuchungsrichters bildet, solange er durch die Aktenkenntnis
voreingenommen, dem Angeklagten als Halbverurteilten gegenüber-
tritt. Von diesen Gesichtspunkten aus hatten sich die Berichterstatter
bei der Aufstellung ihrer Grundzüge leiten lassen und unter diesem
Gesichtspunkte sind auch im großen ganzen die Beschlüsse der Ab-
teilungen gefallen.

Nach wie vor soll dem Staatsanwalt das Anklage-
monopol gehören und nach wie vor soll er ein vom Justiz-
minister abhängiger Beamter bleiben - Senatspräsident Lobe
forderte seine Unabhängigkeit. Der Richter ist aber in jedem
Verfahrensstadium von aller verfallenden Tätigkeit zu befreien;
die Voruntersuchung wird abgeschafft. Das Erörte-
rungsverfahren liegt allein in der Hand der Staatsanwaltschaft.
An Stelle des Eröffnungsbeschlusses des Gerichts tritt die
Anklageschrift der Staatsanwaltschaft. Die Interessen der Ange-
schuldigten werden durch die Einrückung eines Vortermines
gewahrt, in dem er gegen die Anklageerhebung Stellung nehmen
kann. Die Beweisführung in der Hauptverhandlung liegt
in den Händen der Parteien - die Forderung der Berichterstatter
und der Gutachter, daß dem Gericht die Ermittlungsakten nicht
vorzulegen dürfen, wurde von der Abteilung mit geringer Majorität
abgelehnt (leider). Bei freier Beweisführung besteht für das
Gericht ein härterer Begründungszwang für das Urteil. Im Gegen-
satz zu der Forderung der Berichterstatter bleibt die Berufung
in allen Sachen mit Ausnahme der Schwurgerichtssachen bestehen.
Das Wiederaufnahmeverfahren ist aufzubauen. Dem
Reichsgericht ist das Recht einzuräumen, bei erheblichen Beden-
ken gegen die Lösung der Lastfrage zugunsten des Angeklagten
die außerordentliche Wiederaufnahme zu verfügen.

Welch abgrundtiefer Unterschied zwischen dem Prozederfah-
ren, wie es ist und wie es werden soll! Doch wo bleiben die Schwur-
gerichte? Für ihre Wiedereinführung leiteten sich Gen. Rosenfeld
und Gen. Eisler ein - nicht die Berichterstatter. Auf Veranlassung
des ersteren beschloß die Abteilung, die künftige Deputation des

Juristentages zu erforschen, die Frage der Schwurgerichte auf die
Tagesordnung der nächsten Tagung zu legen.

Neues Strafgesehbuch, neuer Strafprozess! Wie
steht es aber mit neuen Richtern? Der Juristentag befaßte
sich auch mit der Umgestaltung der Vorbildung des Richters. Die
Ergebnisse waren hier weniger erfreulich. Man begnügte sich u. a.
damit, Lehrgänge in den kriminalistischen Hilfswissenschaften wie
Kriminalpsychologie, Biologie, Soziologie usw. für die Justiz-
beamten nach Ablegung des Assessor-Examens zu fordern anstatt
der Anregung des Prof. Gleispach (Wien) gemäß, die Lehrgänge
bereits in die Universitäten zu verlegen. Ungeklärt blieb auch die
Kardinalfrage: wie im zukünftigen Richter den sozialen Sin-
nen, wie neuen sozialen Schichten den Weg zur Richterlaufbahn
ebnen?

Von größtem Interesse für die Massen der Bevölkerung war
die Frage über die grundsätzliche Veränderung in der Behandlung
von Ehestrittigkeiten. Es gab keine zwei Meinungen: eine Reform
des Verfahrens in Ehestrittigkeiten ist undenkbar ohne Reform des
materiellen Eherechts. Man entschied sich für die Beibehaltung des
Streitverfahrens, ohne Hinzuziehung von Schöffen, und man sprach
sich mit aller Entschiedenheit gegen den Eidzwang der Zeugen im
Eheprozeß aus.

Und schließlich das für die Arbeiterklasse so brennende Pro-
blem: strafrechtlicher Schutz der Arbeitskraft. Hier zeigte sich der
Einfluß der sozialdemokratischen Juristen in besonders hohem
Maße. Die Gesichtspunkte Prof. Singheimers und Prof.
Radbruch trugen den Sieg davon: Schutz der Arbeitskraft kann
nicht durch das Strafgesehbuch, sondern allein durch die Fortentwicklung
des Arbeitsrechtes gewährleistet werden.

Fügt man hinzu, daß auch in der Frage: Kartellgesetzgebung
die Richtung lagte, die das ungeminderte Aufsichtsrecht des Staates
beibehalten wissen will, so hat man so ungefähr das Gesamtbild von
den Ergebnissen des diesjährigen Juristentages. Er hat aufgehört,
allein Standes- und Berufsangelegenheit einer eng begrenzten, vom
lebendigen Laufe der Zeit und ändernden sozialen Mächten abge-
schlossenen Kastei zu sein. Die Arbeiterklasse hat durch ihre sach-
männischen Vertreter, die sozialdemokratischen Juristen, allen
Grund, je weiter desto mehr regen Anteil an den Arbeiten der
Juristentage zu nehmen und seine Beschlüsse nach Möglichkeit in
ihrem Sinne zu beeinflussen. Nur so wird die wahre Stimme
des Volkes auf dem Juristentag vernehmlich hörbar werden. Nur
so ist die Gewähr geboten, daß seine Beschlüsse einen wirklich fort-
schrittlichen Geist atmen

Ein wahnsinniger Untersuchungsrichter
Er mutmaßt einen Mord und läßt Massenverhaftungen vornehmen

Es gibt noch Richter in Deutschland
W.B. Küklein, 18. September.

Von zuständiger Seite erfahren die hiesigen Blätter: Als dem
stellvertretenden Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg in Bär-
walde gemeldet wurde, daß in der Nacht vom 8. zum 9. September
1928 ein junger Mann im Neudammer See ertrunken wäre,
glaubte er, weil bei der Leichensichtung die Todesursache mit
aboluter Sicherheit nicht festgestellt werden konnte, an einen
Mord seitens der Familienangehörigen. Er nahm eine
Durchsuchung in den Wohnungen der Familienangehörigen
des Verstorbenen vor, um eventuell Gift aufzufinden, und
verhaftete hintereinander sämtliche Familienangehörigen
des Verstorbenen.

Dieses Vorgehen des Richters ist offenbar darauf zurück-
zuführen, daß sich bei ihm eine krankhafte Wahnvorstel-
lung entwickelt hatte. Das Krankhafte seiner Handlungsweise
geht auch daraus hervor, daß er annahm, die Polizei- und
Gefängnisbeamten unterstützten ihn nicht genügend und
steht mit den angebliebenen Tätern unter einer Decke.

Er schritt deshalb auch zur Verhaftung des Neudammer
Strafanklassenerwartungsmisters und seiner eigenen Steno-
typistin, die er sich aus Bärwalde mitgebracht hatte.

Als die Maßnahmen Dr. Stahlbergs einen unübersichtbaren
Umfang annahm und man befürchten mußte, daß bald ganz

Neudamm hinter Gefängnismauern verschwin-
den würde, entschloß sich der Bürgermeister des kleinen
Städtchens, einzugreifen.

Ehe er jedoch irgendwelche Schritte unternehmen konnte, lenkte
sich der Verdacht Dr. Stahlbergs auch auf ihn und nur wenige
Stunden später auf den leitenden Polizeikommissar der Neu-
dammer Behörde.

Es wäre auch tatsächlich zur Verhaftung beider Persön-
lichkeiten gekommen, wenn der Bürgermeister nicht im letzten
Augenblick die Landberger Untersuchungsbehörde
von dem Raten des Amtsgerichtsrats in Kenntnis gesetzt hätte.

Die Polizeiverwaltung wandte sich an die Staatsanwaltschaft,
den Untersuchungsrichter und den Landgerichtspräsidenten. Diese
führten noch in der Nacht vom Sonntag zum Montag nach Neudamm
und Bärwalde, verhinderten weitere dienstliche Handlungen
des Richters und setzten die Verhafteten nach Kenntnisnahme des
Attentats und nach Anstellung einiger Vernehmungen sogleich
in Freiheit.

Wie die Blätter dazu noch ergänzend mitteilen, handelte es
sich bei dem Todesfall, der zu der ganzen Angelegenheit den Anlaß
gab, um einen Selbstmord. Der Tote hatte an dem fraglichen
Tage bei Verwandten an einer Hochzeit teilgenommen, wo er mit
anderen Gästen in Streit geriet. Die Erregung über die ihm
während dieses Janks gemachten Vorwürfe veranlaßte ihn, sich
heimlich aus der Gesellschaft zu entfernen und den Tod im Neu-
dammer See zu suchen.

Das Raten der Naturgewalten
Die Tornadokatastrophe in Amerika

SPD Berlin, 18. September.

Die Wirbelsturmkatastrophe in Mittelamerika hat in Florida
nach dem ersten von dort eingetroffenen Meldungen 40 Tote
und über 100 Verletzte gefordert; unter den Verletzten befinden sich
auch zahlreiche Kinder, die in einer Schule in Bognton bei West-
Palm-Beach vom Wirbelwind überrollt wurden. Der Sachschaden
in Florida soll noch größer sein als der des Jahres 1926, wo
Miami durch einen Tornado vollkommen verwüstet wurde.

Die größten Verheerungen hat der Tornado im Badeort West-
Palm-Beach angerichtet. Die Wasser- und Elektrizitätswerte
wurden vollkommen in Trümmer gelegt. Die Telegraphenstangen
sind zerstört worden. Die kleineren Gebäude wurden fast vollständig
abgedeckt und größtenteils zertrümmert. Auch in den übrigen
Städten und Badeorten sind große Verheerungen angerichtet wor-
den. In Jupiter wurden die Dockanlagen vollkommen zerstört;
eine große Funktion wurde vernichtet. Aus Jacksonville,
St. Petersburg und Pompano werden riesige Sachschäden ge-
meldet.

In Portorico verschlimmert sich die Lage der Bevölkerung
von Stunde zu Stunde; man schätzt hier die Zahl der Toten auf
mindestens 1000; der Sachschaden wird auf mehr als 100 Mil-
lionen Dollars beziffert. Mehrere Schiffe mit Lebensmitteln und
Ausstattungsgesellschaften sind nach Portorico unterwegs. Die
Bahama-Inseln, die Jungfern-Inseln und Guadeloupe und
Martinique sind ebenfalls nicht verschont geblieben; auf Guadeloupe
sollen 500 Menschen getötet worden sein.

SPD Berlin, 19. September. (Radio.)

Der Orkan hat nach den bisherigen Schätzungen ungefähr
1500 bis 2000 Menschenopfer gefordert. Von Portorico bis
Florida sind 626 Tote gezählt worden.

Der westindische Tornado, der seit Donnerstag über
2000 Meilen zurückgelegt hat, zieht über die Küste von Florida
in nordöstlicher Richtung weiter. Das britische Kolonial-
amt empfing die Meldung aus Nassau, der Hauptstadt der Bahama-
inseln, daß erheblicher Schaden angerichtet wurde. Aus
anderen Berichten geht hervor, daß die Insel Mont Serra
schwer betroffen ist. Die Zahl der Toten beträgt bereits 25. Etwa
50 Personen erlitten Verletzungen. Die Dächer sämtlicher Regie-
rungsgebäude wurden abgedeckt. Zahlreiche Pflanzen und etwa
zwei Drittel aller Bauernhäuser sind zerstört. Auf den Borgia-
inseln ist der Schaden nicht ganz so groß. Aus Kervis sind
Nachrichten über schwere Verwüstungen eingetroffen. 13 Menschen
wurden getötet.

Wie der Hauptmann von Köpenick

TU Hamburg, 19. September.

Am Montag, gegen 22.30 Uhr, erschien an der Sperre des
Untergrundbahnhofes Hellkamp ein Mann in
Hochbahnuniform, der eine Kofferreueausrüstungskiste und eine
kleine Bügelhandtasche trug und hat den Hochbahnbeamten um
den Schlüssel zum Fahrkartentraum, da er für einen erkrankten
Kollegen einzuspringen habe und seine Ausrüstungskiste abstellen
wolle. Der Mann erhielt die Schlüssel, suchte den Fahr-
kartentraum auf und verließ ihn mit seiner Handtasche unter Zurück-
lassung der Kofferreueausrüstungskiste. Ordnungsmäßig lieferte der
Mann dem an der Sperre stehenden Beamten die Schlüssel wieder
ab. Später wurde dann festgestellt, daß dieser Mann aus einer
Geldbörse

drei Geldbeutel mit 2464 Mark entwendet
hatte, und daß es sich bei der von ihm getragenen Kofferreue-
ausrüstungskiste um eine Litrappe gehandelt habe.

EDDEL-KOHLREIS
Zur Einführung erhalten Sie
25 Zigaretten gratis,
wenn Sie uns 10 Deckel unserer 25-Stück- oder 25 Deckel unserer
10-Stück-Packungen sowie ein kurzes Werturteil und diesen Ausschnitt
bis zum 15. Oktober 1928 einsenden
ZIGARETTEN-FABRIK „FLORIDA“ LEIPZIG W 33
DIE EDELSTE
ZIGARETTE
ZU
PR

Die Besetzung der Arbeitsämter

SPD Am 1. Oktober erfolgt die Eingliederung der Arbeitsämter in die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Die Besetzung der Vorsitzenden der Arbeitsämter und ihrer Stellvertreter ist in 12 Landesarbeitsamtsbezirken abgeschlossen; nur im Rheinland steht die Besetzung noch aus. Im großen und ganzen sind die Besetzungen auf Grund weitgehender Übereinstimmung bei den Entscheidungen der Landesarbeitsämter erfolgt, wobei freilich zu beachten ist, daß den Beschlüssen meist lange und oft schwierige Kompromißverhandlungen vorausgegangen sind. Die Entscheidung fiel im wesentlichen bei den Landesarbeitsämtern. Sie sollte dort fallen, da ja die Reichsanstalt möglichst dezentralistisch arbeiten will. Schwierig waren auch die Verhandlungen, die der Besetzung des Vorsitzenden für das Arbeitsamt Berlin-Mitte vorausgingen. In Berlin sind die bisherigen 22 Arbeitsnachweise auf 9 vermindert worden, d. h. es wurde ein Hauptarbeitsamt Berlin-Mitte mit den entsprechenden Fachnachweisen geschaffen. An die Spitze von Berlin-Mitte tritt Dr. Runze vom Arbeitsamt Leipzig.

Die Besetzung der Arbeitsamtsvorsitzenden ist zunächst nur eine kommissarische für etwa drei bis sechs Monate. Das ist notwendig, denn für eventuell notwendig werdende Änderungen in den Besetzungen muß mindestens eine gewisse Spielraum bleiben. Niemand kann voraussagen, ob sich jeder, der berufen wurde, auch bewährt. Man darf nicht vergessen, daß unter den neuen Arbeitsamtsleitern auch Leute sind, die in ein verhältnismäßig neues Arbeitsgebiet kommen und sich im Anfang bei der Einarbeitung schwer tun werden. Ob alle, die sich berufen fühlten, auch den Aufgaben, die ihnen bevorstehen, gewachsen sein werden, müssen die nächsten Monate zeigen. Die Aufgaben der Vorsitzenden der Arbeitsämter sind keineswegs leicht; sie sind, wenn ein Vergleich gestattet ist, sicherlich in vielen Dingen schwerer und komplizierter als die Arbeit eines Landrates.

Unerschrocken ist, daß in manchen Gebieten, vor allem in Bayern und Württemberg, das bürokratische Element sehr stark in die Leitung eingebracht ist. Der Ansturm der Bürokratie auf leitende Posten der Arbeitsämter war zeitweilig geradezu fürchterlich. Die Abwehr der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gegen diesen

Bürokratenanstrom war, wie der Ansturm der Berufung zeigt, leider nicht überall erfolgreich. Wenig erfreulich sind auch die starken Tendenzen zur Verbeamtung der Leiter der Arbeitsämter. Ein Teil von ihnen steht ja bereits im Beamtenverhältnis, und bei der starken Sehnsucht nach Verbeamtung, die nun einmal in weiten Kreisen des deutschen Volkes wie eine ewige Krankheit besteht, muß befürchtet werden, daß die nicht im Beamtenverhältnis stehenden Arbeitsamtsleiter so lange bohren und drängen, bis auch sie Beamte und nach einer rüchständigen, überlebten Auffassung den im Beamtenverhältnis befindlichen Kollegen „gleich“ gestellt sind. Es wäre begrüßenswert, wenn die nachgehenden Stellen der Verbeamtungssehnsucht gegenüber etwas die kalte Schulter zeigen würden.

Die Uebergangszeit ist offiziell am 1. Oktober abgeschlossen. Ein baldiges einwandfreies Funktionieren der ganzen Reichsanstalt ist dringend notwendig. Manche Gemeinden wollen sich keine Kosten mehr für die Nachweise machen und lassen fünf gerade sein. Die Folge ist z. B., daß es Arbeitsämter gibt, bei denen es sogar an den notwendigsten Orientierungsfakten fehlt. Rasches und gutes Funktionieren der neuen Spitzen ist aber für den Augenblick das wichtigste; denn

der Herbst steht vor der Tür und die Arbeitslosigkeit steigt.

Schlechter Arbeitsmarkt

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht eben seine August-Uebersicht der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder. Von Ende Juli bis Ende August ist der prozentuale Anteil der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtmitgliedszahl von 6,3 auf 6,5 Prozent gestiegen und der entsprechende Anteil der Kurzarbeiter von 6,1 auf 6,6 Prozent. Die sich darin ausprägende Verschärfung der Arbeitslosigkeit, die Konjunktur-Veränderung kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man die diesjährigen Augustzahlen mit den vorjährigen vergleicht. Es waren nämlich von den Mitgliedern der freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände

	Ende August 1927	1928
arbeitslos	5,1	6,5 Prozent
Kurzarbeiter	2,8	6,6 Prozent

Diese Anzeichen sind typisch für den Uebergang von der guten zu schlechterer Konjunktur, vielleicht sogar zu scharfer Krise.

Eisenbahnerstreik

SPD Paris, 19. September (Radio).

Die Eisenbahner der französischen Eisenbahngesellschaft P. O. sind heute um Mitternacht in einen 24stündigen Proteststreik eingetreten. Seit 14 Monaten führen die Gewerkschaften einen vergeblichen Lohnkampf mit der Eisenbahngesellschaft, ohne trotz mehrfacher Zusagen und Versprechungen ein Resultat erreicht zu haben. Die Streikenden fordern die sofortige Auszahlung einer Sonderbeihilfe von 500 Franc, ferner die Gewährung der versprochenen Lohnerhöhung mit Wirkung ab 1. Juli. Sollten diese Forderungen abermals abgelehnt werden, dann soll am 1. Oktober der Streik verkündet werden.

„Reorganisation“ des IGB

SPD. Der allgemeine Ausschuss des IGB. tritt am 25. und 26. September in Amsterdam zu einer Sitzung zusammen, die in der viel diskutierten Reorganisationsfrage endlich klare Verhältnisse schaffen wird. Der Sitz des IGB. soll nach einem Antrag des Vorstandes in Amsterdam bleiben. Der Vorstand verkennt nicht, daß auf dem Pariser Kongress mancher beachtenswerte Grund für die Verlegung angeführt worden ist. Gleichwohl ist er für Amsterdam; der Name Amsterdam ist allmählich zu einem Symbol gegenüber Moskau geworden und eine allgemeine Einigung in der Frage der Verlegung des Sitzes ist unmöglich. Als Generalsekretär ist vom Vorstand Sassenbach in Vorschlag gebracht worden. Zum Vorsitzenden des IGB. hat der Vorstand dem Allgemeinen Ausschuss den Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, Citrine, vorgeschlagen.

Der Siebenuhr-Vadenschluß an Ausnahmetagen vor Weihnachten, wie ihn die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gefordert hat, ist vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe abgelehnt worden. Die Angestellten verdanken das dem energischen Vorgehen des Zentralverbandes der Angestellten.

Gemeinde- und Staatsarbeiter Wirtschaftsbezirkskonferenz für Sachsen

Sie fand am 15. und 16. September in Freiberg statt. Die Delegierten hatten im Auftrage von über 25.000 organisierten Arbeitnehmern der Gemeinde- und Staatsbetriebe Sachsens zur Ausführung der Beschlüsse des 11. Verbandstages Stellung zu nehmen. Dazu sprach der dritte Vorsitzende des Verbandes, Polenske, als Vertreter des Vorstandes.

Aus der Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft und aus dem bekannten Kampf der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft erhalten die Beschlüsse des Verbandstages des „Wirtschaftsfaktors“ Arbeitnehmer ihre besondere Bedeutung für die Gesamtarbeiterschaft. Für die Arbeiterchaft der Privatwirtschaft ist in der Gestaltung ihres Tarifrechts, jenes der öffentlichen Betriebe als Vorbildlich vom Genossen Prof. Singheimer anerkannt worden. Daraus ergibt sich die Wertung des Kampfes auf Durchführung des Beschlusses zum weiteren Ausbau des sozialen Tarifrechts der Arbeitnehmer in der öffentlichen Wirtschaft.

Ebenso verhält es sich mit dem Kampf zur Aufhebung der Verordnung über Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Der Vertreter der SPD machte die Führer des Verbandes als „Väter“ dieser Verordnung für das Ausnahmerecht verantwortlich. Vom ersten Tage seit Bestehen der Verordnung ist der Kampf für Beseitigung derselben geführt worden. Väter der Verordnung waren jene verantwortungslosen „Führer“ der SPD im Streik der Gemeindearbeiter Berlins.

Im engsten Zusammenhang damit steht der Kampf gegen die technische Nothilfe. Deshalb ist begrüßenswert, daß Genosse Seering mit dem Abbau der Mittel für diese überflüssige Einrichtung begonnen hat und das Geld für die Volksbildung verwendet werden soll.

Der Kampf muß geführt werden, um in der Sozialversicherung eine Rationalisierung im Interesse der Selbstverwaltung und der Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre durchzuführen zu können. Der vorliegende Entwurf zu einem Arbeitsruhegesetz muß zu einem wirklichen Schutz der Arbeitskraft der bestellten Klasse gestaltet werden. Ein besonderes Kapitel dabei ist die vorgesehene Arbeitsbereitschaft von 10 und mehr Stunden. Der dazu vorliegende Beschluß kann nur durchgeführt werden, wenn eine weitere Erstarbung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei stattfindet.

Das soll durch Aufklärung der Arbeiterchaft erreicht werden. Daher die Bildungsarbeit der Gewerkschaften. Sie muß sich auf wirtschaftliche und politische Fragen erstrecken. Wenn der Sprecher der SPD-Zelle erklärt, daß die Gewerkschaften keine marxistische Bildungsarbeit leisten und keinen Klassenkampf betreiben, so konnte Polenske ihm in einer herzerfrischenden Klarheit sagen, daß die Bildungsarbeit der SPD alles andere ist, als Marxismus. Die Kämpfe der Gewerkschaften um jede Minute Arbeitszeitverkürzung, um jeden Pfennig Lohnerhöhung und Klassenkampf im reinsten Sinne des Wortes. Die Arbeiterchaft aus dem Schlamm ihrer Existenzgrundlage herauszuheben, ist die erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf für den Sozialismus.

Zum Beschluß über die Verschmelzungsfrage mit dem Verkehrs- und Eisenbahnerverband ist festzustellen, daß sich eine Konferenz der Eisenbahner in den nächsten Tagen mit der Auslegung ihres Beschlusses betr. Kräftigung und 75 Prozent der Mitglieder befaßt wird. Man glaubt, daß die Verhandlungen über den Zusammenschluß in kürzester Zeit wieder aufgenommen werden. Hoffen wir es.

Unter anderem wurde noch die Tarifkonkurrenz und die daraus ergebende Notwendigkeit der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, wie die Einführung des Delegierteninstituts für die Generalversammlung behandelt. Letzteres glaubte die SPD-Zelle als eine Vergewaltigung der Mitglieder bezeichnen zu müssen. Sie wolle Hüter der Demokratie in den Gewerkschaften sein. Mit einem Hinweis auf Ausland erhielt sie Aufklärung über das Wesen der Demokratie.

Entsprechend den innerorganisatorischen Gepflogenheiten wurden nach den statutarischen Bestimmungen der Wirtschaftsbezirksverbandes und der Landesarbeitsamtskommissionen, wie die drei Vertreter in den Verbandsbeirat gewählt.

Zum Bericht vom Gewerkschaftskongress entspann sich eine längere Aussprache. Scharf wurde das Verhalten der SPD in Hamburg anlässlich der Demonstration der Gewerkschaftsjugend verurteilt. Vergleiche mit dem Kongress der „Roten“ Gewerkschaftsinternationale wurden gezogen. Kollege Polenske verlas dazu die Beschlüsse über die Arbeit der SPD in den Gewerkschaften Deutschlands.

Der letzte Punkt der Tagesordnung brachte die Behandlung einer Anzahl Anträge. So wurde u. a. eine zwischenparteiliche Erhöhung der Löhne verlangt. Man beschloß, den Tarifkommissionen die Anträge zu überweisen. Sie sollen bei passender Gelegenheit den Versuch auf Lohnerhöhung unternehmen.

Am Schluß der Konferenz konnte festgestellt werden, daß die Meinungsverschiedenheiten durchaus sachlich ausgetragen worden sind. Möge das auch in den Mitgliederversammlungen der Fall sein. Nur auf dieser Grundlage wird die Erstarbung der Arbeiterorganisationen erreicht und die Durchführung der Beschlüsse des 11. Verbandstages möglich sein.

W. Scha.

Schiedsprüche fällig

Verhandlungen für die Herrentonkfection beendet

U. Weimar, 19. September.

Die Verhandlungen im Lohnstreit der deutschen Herrentonkfection unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Brahn sind nach einer Dauer von zwei Tagen am Dienstag kurz vor 24 Uhr abgeschlossen worden. Der Schiedspruch soll am Mittwoch vormittag gefällt werden.

Schiedskammer für mitteldeutsche Braunkohle

SPD. Die Parteiverhandlungen zur Neuregelung der Löhne, der Arbeitszeit und des Manteltarifs des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues sind am Dienstag im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt worden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Infolgedessen trat die Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des Ministerialrats Hauschild vom sächsischen Arbeitsministerium zusammen. Die Schlichterkammer ist diesmal auffallend stark. Es ist daher mit einem Abschluß der Schlichtungsverhandlungen vor Mittwochabend nicht zu rechnen.

Die Arbeitgeber haben weder für die Arbeitszeit noch für den Lohn irgendwelche Vorschläge gemacht — ein Zeichen, daß sie überhaupt nicht entgegenkommen wollen. Da, wo sie etwas vorgeschlagen haben, wollen sie die Arbeitsverhältnisse noch verschlechtern. So möchten sie die Gruppe der Jugendlichen mit drei Ferientagen von 17 bis zu 21 Jahren erweitern, d. h. einem Teil der Jugendlichen den Urlaub kürzen. Weiter fordern sie, daß die Betriebe künftig kein Frauen- und Kindergeld mehr zu zahlen brauchen, wenn der Bergmann mehr als zehn Tage krank ist. Hier erstreben die Arbeitgeber also einen Abbau des Soziallohns. Sie begründen ihre Forderung mit einem Hinweis auf das Knappschaftsgeld, das nach ihrer Auffassung bereits als Hilfe genügt.

Goldat Suhren

551 Roman von Georg von der Vring

Copyright 1927 by J. W. Goyoch, Verlag, Berlin

Albering hat seinen Gedanken weitergesponnen, er erzählt: „Möglich, daß mein Vater schon grauhaarig ist, man kann es nicht feststellen. — Uebrigens sagte er dies: Alles Leben ist heilig. Du lebst, und ich lebe, wir wollen tun, was recht ist, also ist unser Leben heilig. Die Fische tun auch, was recht ist, soweit sie es wissen, darum sind auch sie heilig. Wir aber wissen genau, was recht ist, darum müssen wir danach tun.“

„Ich war schon ein flügler Wasservogel und fragte: Wie ist es bekanntgeworden, Albering?“

Er sagte: Wir wissen es aus der Heiligen Schrift, der Herr Jesus hat es offenbar gemacht und seine Gebote gegeben, die für uns Gottvater ausgemünzt hat. Insbesondere die zehn, die du kennst.“

„So darf ich keinen Fisch ausschneiden?“ fragte ich. „Man darf es“ — sagte er — „denn Jesus selbst hat mit Fischern gelebt und ihnen gute Fänge gegeben, auf daß sie nicht hungerten. Heilig ist das Leben, am meisten aber das der Menschen. Also darf man Fische ausschneiden, aber nicht mit Lust, sondern mit Bestimmung.“

Klees flüstert: „Aber antworte auf diese Frage: Darf man Menschen töten?“

„Hast du es vor, Tierlein?“ sagt Albering. „Weil eine Redensart von dir.“ „Nun mein Nachbar. Sodann machst er sich platt und kriecht durch die Eingangshöhle, um sich auf den Postenstand zu begeben. Kaum ist er fort, so sieht man sechs Beine von Offizieren vorbeiziehen, die hellen Schäfte des Rittmeisters an der Spitze.“

Albering hat kein Gesicht geneigt und zeichnet mit dem Messer neben sich auf die Erde. „Nach einer Weile sagt er leise: „Freilich sind das alles Redensarten.“

„Weshalb sind es nur Redensarten?“

Er sieht sein Messer bis ans Heft in den Boden und flüstert, in dessen sich das Licht von draußen in seinen Augen zu schaffen macht —

„Wir sind alle schwach und wimmeln in der erbärmlichsten Menschheit herum. Die meisten wissen es nicht und sind glücklich.“

Sie sind christlich getauft, und der Pfarrer nennt sie Christen. Sind aber keine. Wir aber, die erkannt haben und tun nicht danach, sind weniger als sie, nämlich Unchristen.“

„So darf man aller Dinge nicht töten, meinst du?“

„So meinte ich.“

„Am keinen Preis?“

„Am keinen Preis, denn Jesus hat kein Ausnahmegesetz gegeben, das für den Krieg der Völker Geltung hat. Sie jaulern es einem war. Es ist aber Lüge.“

„Als ich auf dem Seminar war, wohin mein Vater mich schickte, erzählte ich ihm einst, von der herrlichen Schlacht bei Sedan. Ich habe ihm die ganze Lage auf — ein Kübel mit toten Fischen vor Sedan, rund um den Eimer lagen die deutschen Armeekorps, genau nach der Karte, auch von Fischen dargestellt, und ein Stör war darunter, das war Wolke. Da fragte mein Vater: „Lernt man es euch so?“

„Genau so, Albering“ — sagte ich.

„So ist es eine schlechte Schule und keinen Pfennig wert. Du bist kein Christ mehr mit deinem Fischspiel, das du da machst — schmeiße sie in den Eimer!“

Er war sornig und hätte mich von der Schule genommen, wenn ich ihm nicht über gewesen wäre, mit der Schnauze nämlich. Er gab auch wirklich keinen Pfennig mehr her, so daß ich Stunden geben und Almosen nehmen mußte, alles, weil ich den Ehrgeiz hatte, ein Lehrer zu werden.

Wurde es auch, ein richtiger Schulmeister, der das sagt, was sie alle sagen — daß der Himmel heller ist, daß die Franzosen manchmal keine Hosen anhaben, und daß die Kinder in der Schule die Hände kalten müssen, sonst kommt der Knüppel. Man nennt es, die Kinder fürs Leben erziehen. Und die Kinder machen dann Augen. . . Augen wie kleine Hasen. . . Schluß mit dem Gequassel, laßt uns lieber schlafen!“

„Dann denke man nicht“, pflichtete ich bei, und wir machen uns noch einmal laun.

„Ich werde noch davon, daß mir jemand die Fehen kneift. Es klingt der Ruf „Abstump“ — und ein Arm verschwindet nach draußen. Ich kriech sofort nach, schnalle um, schwante um eine Schulterwehr und betrete einen Postenstand. Klees wünscht mir „viel Vergnügen“, aber ich sehe nichts. Es ist die volle Mittagheße, man muß sich gegen die Grabenwand lehnen, um nicht zu taumeln.“

„Vor mir liegt das Gewehr, es ist geladen. Meine Hand wird vom Schloß zurück, denn es glüht. Doch nun sehe ich in der

Tiefe des Himmels gerade vor mir rote Flecken, das sind Mohnblüten.“

„Ich bin ein Fisch, der im warmen Wasser schwimmt. Aber da vor uns liegen Rüssen — läßt mir ein, und ich reiße die Augen auf. Es ist indessen nichts zu erblicken, als die breite grün bewachsene Erdoberfläche, auf der sich das Drahtverhau hinzieht. Ueber einem Wahl scheint manchmal eine gelbe Rüssenlinie zu hängen, doch nein, es ist ein Fesselballon, den das Sonnenmännchen bewegt. Jetzt muß ich die Ohren spitzen, denn es kommt jemand. Die Augen harr nach vorn gerichtet, höre ich zwei Fische hinter mir vorbeischnellen, stehenbleiben, höre ein mächtiges Auspucken und so dann das Weiterdrücken der Stiefel. Hinter der Schulterwehr verschwindet der Rücken Max Pfeiffers. Er steht in einem Hemd, das ein riesiges dreieckiges Loch hat, und seine Hufe scheint herunterzugleiten.“

„Immer noch bin ich wie im Traum — keine Bewegung in der Luft, kein Vogel, keine Wolke — ein helles Weiß spannt sich straff über den ganzen Himmel wie das Raifell eines Trommerriesen. Darunter sehe ich Posten — Marke Klippert — und lebe in dem irrsinnigen Reiche der Welt. Neben meinem Gewehr liegt ein Stein, er ist nicht rund und ist nicht eckig, hat eine lächerlich nichts-lagende Form. Ich schleudere ihn vorwärts gegen den Stachel, dringt, auch der war heiß. Ein kleiner gelber Käfer sucht einen Paß übers Gewehr zu finden, doch der Lauf glüht ihn an. Er stürzt zurück, um alsbald wieder vor vorn zu beginnen. Es ist auschloslos für ihn, und ich nehme einen Grashalm und lege ihn hinüber, den goldgepanzerten Klippertoner.“

Es geht ein ungeheures Schlafen übers Land, das drückt meine Schultern und legt sich hieler auf meine Augenlider. Man muß wach bleiben, denke ich, und schaue an den Drähten entlang, von Pfah zu Pfahl. Der Fesselballon liegt wie eine selte Gurke auf dem Grastreifen.“

Wieder geschieht etwas: Es erscheint ein kleiner Schmetterling, Auroorafalter genannt, weiß mit roten Flügeln. Wenn ich als kleiner Junge beim Angeln saß, taumelte er über all das Entenraut, das den Graben unter seiner schlupprigen Decke vergraben hielt. Ich dachte: Ob etwas am Wurm angebissen hat? — Dabei verlor ich den Faller aus den Augen und wartete, daß ein anderer käme, hinzutaumeln. Manche rasteten ein wenig auf dem Kraut. Nie aber war ein Fisch am Wurm, so oft ich aufzog, einmal nur ein Blutegeß.

(Fortsetzung folgt.)

Man hat ihn gekränkt

Von B. Lewin (Moskau).
Deutsch von S. Liedtke.

„Sie sind Kommunist, Genosse? Sehr angenehm. Kauchen Sie doch bitte... Hier... Ich heiße Lipuchin, bin seit 22. Februar 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion...“

„Ich wurde zur Verfügung des Gouvernementsausschusses gestellt, lüde ihn auf und werde dort gefragt: Welches Geschäft verstehen Sie?“

Die Technik als Schrittmacher der Wissenschaft

Eine neue Akustik.
Von Dr. Karl Coste.

Manchmal ist es ja auch umgekehrt, nämlich, daß die Wissenschaft der Schrittmacher ist. Aber es gibt Fälle, in denen sich die Wissenschaft in eine Sackgasse verirrt hat.

Die Technik dagegen ist unbarbarisch. Sie will greifbare Erfolge sehen und macht ihre Versuche, unbedarft darum, ob sie einer Autorität damit weh tut oder nicht.

Zum Glück für die Akustik ist es für die Radiotechnik wichtig geworden, das Wesen der Töne und besonders der sogenannten Obertöne genauer kennenzulernen, nachdem die seit etwa 40 Jahren geltenden wissenschaftlichen Anschauungen sich als ungenügend erwiesen haben.

Die Mängel und Unwahrscheinlichkeiten dieser Lehre veranlaßten mich vor mehr als 20 Jahren, eine neue Theorie aufzustellen, mit der ich in Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften förmlich häuften ging, um sie zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

es mir auch recht sein konnte, wenn die Menschheit mit der alten Theorie zufrieden war, und da der Versuch, gegen Autoritäten aufzukommen, doch hoffnungslos war.

Jetzt aber ist der experimentelle Nachweis, den ich beabsichtigte, kaum mehr nötig, nachdem im Interesse der Rundfunkmusik noch einem neuen Verfahren photographische Klangaufnahmen (von Erich Schumann, Radhaus u. a.) gemacht worden sind, die geradezu zur Annahme der neuen Theorie zwingen.

Die Schallwellen selbst sind ja leider unsichtbar. Die Bildproben, die in Abb. 2 und 3 wiedergegeben sind, zeigen aber ihre Wirkung auf einen feinen Draht mit einem aufgelassenen winzigen Spiegelschen, auf das ein Lichtstrahl fällt und das auf dem Umweg über ein Mikrophon und Magneten bewegt und von einem rasch vorübergehenden Lichtkreis aufgenommen wird.

Der Inhalt der neuen Theorie ist: Der Schall, daß die einzelne Tonwelle die, wie oben gezeigt, errechnete Länge hat, ist vorzeitig, die Rechnung ergibt nur den Abstand der Hauptwellenköpfe von einander, diese selbst können ganz kurz sein.

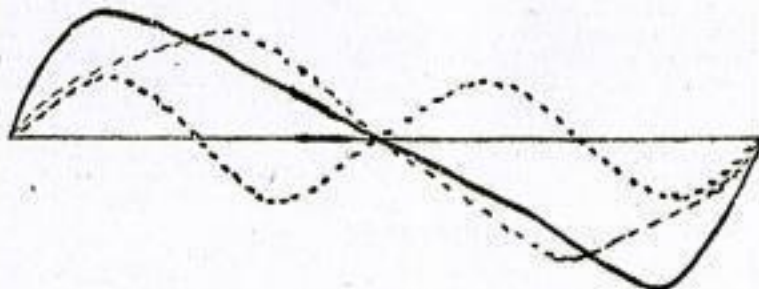


Abbildung 1.

Einbildung) ist aber die bewußte Wahrnehmung der einzelnen Obertöne nur möglich bei Anwendung besonders abgestimmter Resonatoren, d. h. Körper, die selbst häufig sind, den betreffenden Ton von sich zu geben, wenn sie in Schwingung versetzt werden, was durch auftretende Schallwellen geschehen kann.

Der zweite Oberton, die Quint der Oktave, hat z. B. die dreifache Schwingungszahl des Grundtons. Folgt der kurzen Welle des Grundtons in einem Drittel der Wellenlänge immer eine ebensolche (oder auch schwächere), so muß dieser zweite Oberton benutzigt gegenüber den anderen möglichen Obertönen er-

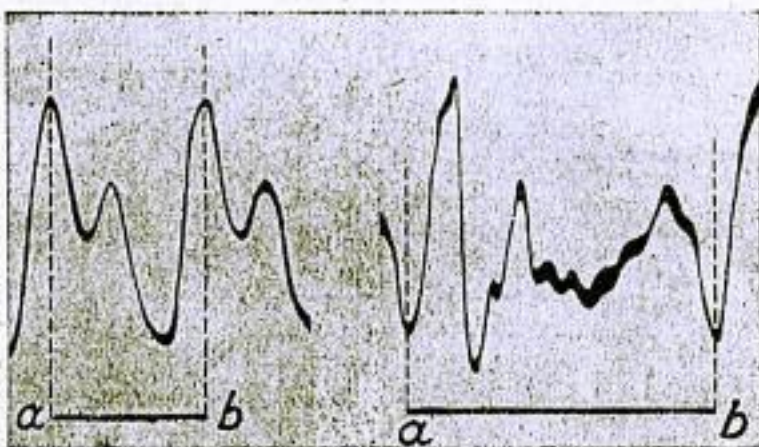


Abbildung 2. Akustion. Abbildung 3. Ton einer Trompete. a-b ist der dem Grundton entsprechende Wellenabstand.

lingen, weil er in zwei aufeinanderfolgenden günstigen Perioden Impulse erhält und nur jedesmal in der dritten nicht.

Es ist anzunehmen, daß ein Klang nicht aus einzelnen Wellen, sondern aus Gruppen von solchen besteht, die sich in bestimmten Abständen wiederholen; die Länge dieser Gruppenabstände bestimmt den Grundton, der deshalb durchaus nicht durch eine besonders starke Welle als „Hauptperion“ des Klanges charakterisiert zu sein braucht.

Nachdem Dr. Schumann mehr als 4000 solcher Klangaufnahmen in einem viden Werk veröffentlicht hat, ist jetzt doch zu hoffen, daß die Wissenschaft der physikalischen Akustik sich in absehbarer Zeit zu einer Revision der alten Theorie bequemen wird, obgleich diese mathematisch „so wohlfundamentiert“ ist.

Bilder aus Sowjetrußland

Die Galerie Del Vecchio hat sich seit Jahren auf den breiten Publikumsgeschmack eingestellt, auf jene Sorte von Kunstliebhabern, denen Aufmachung mehr als Qualität bedeutet. Damit tut sie dem Leipziger Kunstleben freilich keinen guten Dienst; denn die in Frage kommenden Käufer, die ihre platte Kunstmeinung in schlechten Bildern betätigt und unterstützt finden, werden durch den Kunsthändler verzogen und die Entwicklung ihres Empfindens für qualitativ Kunst wird unmöglich gemacht.

noch ihre Wirkung in Frage stellen, weil Verstellung hier gleich Lüge wäre.

E. Bachrach-Barees Bilder aus Sowjetrußland, die in der Galerie Del Vecchio gezeigt werden, gehören zu jener Rattenfängerkunst, die sich an alle möglichen Gefühle im sentimentalsten Betrachtet wendet, um darüber hinwegzutäuschen, wie hilflos und qualitätslos sie eigentlich ist.

Schon die Bildtitel verraten die Gesinnung dieses Malers, der der Menschlichkeit zu dienen vorzuzieht, indem er den Befreiungskampf der entrechteten, geknechteten und durch Kriege geschleiftten Menschheit verächtigt und durch Schauerbilder zu diskreditieren versucht.

Kleine Chronik

Holländer und Zimmermann. Als Senta gastierte Marcarate Bäumer von der Berliner Staatsoper. Spielerisch ihre Aufgabe mit Geschmeid lösend, stimmlich reizvoll und mächtig, besonders in der Höhe, obgleich nicht ganz ausgeglich, mit etlichen getrüben Anzügen zu Beginn.

Am Tage danach hörte ich, unter A. Conrad, eine sehr hübsche Vorstellung von „Jar und Zimmermann“. Zwar: der Sprechdialog zeigt Schulbeispiele falscher Betonung, es wird wunderbar unnatürlich heklamiert, und selbst dieser kolossal alberne Sprechdialog, der sich nur aus Kaluarn, Druck- und Sprechfehlern zusammen setzt, könnte einen Konversationston gut vertreten.

Neues Theater. Das NT hatte am Freitag eine ganz ausgezeichnete Aufführung der Oper „Frühlings Erwachen“. Unter der persönlichen Stabführung Gustav Brechers kam Max Ettingers Werk bis aufs feinste abgetastet heraus, vom Orchester und den Soubretten glänzend ausgeführt.

Weltkampf ums Aluminium-Monopol

In den Kampf um die Beherrschung und Beeinflussung des Weltmarktes tritt seit einigen Jahren auch die Aluminiumindustrie ein. Und zwar ist es vornehmlich das komplizierte amerikanische Aluminiumkapital, das fast gänzlich in der Aluminium Co. of America konzentriert ist, das immer neue Versuche unternimmt, um sein Ziel: die Monopolisierung der Weltproduktion an Aluminium, zu erreichen.

Bisher hat die Aluminium Co. of America oder der „Mellontrust“, wie sie auch genannt wird, die Produktion der Vereinigten Staaten, Kanadas und auch eines Teils von Norwegen in ihre Hände gebracht und beherrscht damit ungefähr die Hälfte der Weltproduktion, 100 000 Tonnen von insgesamt 200 000 Tonnen Weltproduktion. Der Name „Mellontrust“ hat seine volle Berechtigung, da der größte Teil der Gesellschaftsanteile in der Hand der Familie Mellon ist. Bekanntlich hat sich der derzeitige amerikanische Finanzminister Mellon seine Sporen als Finanzmann in der Leitung der Aluminium Co. of America verdient. Diese einheitliche Leitung konzentriert die gesamte Kraft des in der Welt vereinigten Kapitals auf eine ausgedehnte und energiegeliche Expansionspolitik, mit dem Erfolge, daß die Gesellschaft nicht nur die weiterverarbeitende Aluminiumindustrie Amerikas und Kanadas kontrolliert, sondern auch mit dem weiteren Ergebnis, daß sie sich in der ganzen Welt einen hervorragenden Anteil an den vorhandenen Bauxitlagern — Bauxit ist der wichtigste Rohstoff zur Aluminiumherstellung — gesichert hat. Zur Zeit plant man den Bau einer Riesenanlage in Kanada.

Der finanzielle Aufbau der Gesellschaft ist folgender: Das Aktienkapital beträgt 80 Mill. Dollar, daneben sind Anleihen in Höhe von 60 Mill. Dollar aufgenommen worden. Für die Auslandsunternehmungen ist eine Dachgesellschaft gegründet worden, die weitere 20 Mill. Dollar Obligationen ausgegeben hat. Auf diese Weise verkörpert die Gesellschaft eine Kapitalkraft von 600 Mill. Mark und ist damit weit stärker als alle europäischen Aluminiumproduzenten zusammen.

In Europa sind die größten Aluminiumproduzenten Deutschland, Norwegen, die Schweiz, Frankreich und England, wobei zu beachten ist, daß die Hälfte der norwegischen Produktion von der amerikanischen Aluminiumgesellschaft kontrolliert wird. In Deutschland werden vier Fünftel, das sind 25 000 Tonnen der Produktion (31 000 Tonnen), von dem Wag-Konzern, der dem Reich gehört, beherrscht, das restliche Fünftel unterliegt zum größten Teil der Kontrolle der J. G. Farbenindustrie A. G.

Die europäischen Aluminiumproduzenten haben sich zur Abwehr gegen die amerikanischen Angriffe zu einem Kartell zusammengeschlossen, dessen Front aber schon durch den amerikanischen Anteil an der norwegischen Produktion durchbrochen ist.

Im vorigen Jahre eröffneten die Amerikaner den Kampf mit einer zweimaligen Herabsetzung der Preise. Nachdem sich nach und nach herausstellte, daß das europäische Aluminiumkartell unfähig war, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, wenn es seine alten Preise behielt, entschloß sich das Kartell im Mai 1928, den Preis pro Tonne um 200 Mark zu senken. Das entsprach ungefähr der amerikanischen Preisermäßigung des Vorjahres.

Selbst ist nur, daß der Konsument der Fertigwaren nichts von dieser außerordentlich hohen Preisermäßigung bemerkt. Am gleichen Tage nämlich, an dem das Kartell die Herabsetzung an-

kündigte, teilten die Aluminiumwerke mit, daß sie die Walskosten in entsprechender Weise erhöhten, so daß die Basis der Preise für die Fertigwaren unverändert blieb. Der Verbandsdirektor des Reichsverbandes der deutschen Aluminiumindustrie erklärte, „daß von einer Auswirkung der Ermäßigung auf die Preise der Fertigwaren keine Rede sein könne“.

Zur Zeit hat die Aluminium Co. of America ihre Preise neuerdings um 40 Mark pro Tonne herabgesetzt und große Mengen von Aluminium zu dem neuen Preise auf den englischen Markt geworfen. Ob sich diesmal das europäische Kartell wiederum leisten kann, mit der Ermäßigung ein halbes Jahr und mehr hinterherzukommen, ist sehr fraglich; leider ist aber ebenso fraglich, ob der Konsument etwas von der neuen Erntedrigung der Preise spüren wird.

Kampf in der Lokomotivindustrie

Als Gegengewicht gegen die Arbeitsgemeinschaft der vier Lokomotivfabriken Schwarzkopff, Henschel, Borsig und Maske, die der Reichsbahn einen Plan zur „Rettung“ der Lokomotivindustrie eingereicht haben, ist jetzt eine zweite Arbeitsgemeinschaft gebildet worden, der die Maschinenfabrik A. L. G. G. v. v. m. Richard Hartmann in Chemnitz, die Maschinenfabrik Gillingen und die Maschinenbau-A. L. G. G. Karsruhe angehören. Auch diese Arbeitsgemeinschaft hat der Reichsbahn eine Denkschrift überreicht, worin gegen den Plan der vier norddeutschen Werke Stellung genommen wird, u. a. mit der Begründung, daß sie auf eine Bevorzugung der großen Werke hinauslaufen, daß aber „nicht nur in Großbetrieben, sondern auch in Fabriken mittleren Umfangs Lokomotiven vollkommen und rationell hergestellt werden können“. Ohne daß es ausgesprochen wird, scheint aber weniger der Schutz der mittleren vor den großen Werken der Zweck der neuen Gegengründung zu sein, als die Erhaltung eines durch den Plan der vier norddeutschen Werke bedrohten Privilegs. In diesem wird nämlich vorgeschlagen, die sogenannten Länderquoten abzuschaffen. Die Reichsbahn ist verpflichtet, ihre Aufträge unter die einzelnen Länder nach einem bestimmten Schlüssel aufzuteilen, und es ist sicher kein Zufall, daß die Firmen, die sich jetzt zusammengeschlossen haben, die Quoten Sachsens, Württembergs und Badens auf sich vereinigen.

Neue Lohnsteuervorchriften

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: „Am 1. Oktober 1928 treten die neuen Lohnsteuervorchriften in Kraft. Der Reichsfinanzminister hat auf dringenden Wunsch der Arbeitgeber sich entschlossen, außer den bereits erschienenen Tabellen zum Ablesen der Lohnsteuer für wöchentliche und tägliche, für wöchentliche und für monatliche Entlohnung auch noch solche für vierzehntägliche Entlohnung aufzustellen. Sämtliche Tabellen vertritt die Reichsdruckerei (Abteilung Verlag), Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 106 (Postfachkonto Berlin NW 7 Nr. 4). Lediglich dorthin sind auch Bestellungen auf Tabellen zu richten. Die Verendung erfolgt nur gegen Vorauszahlung des Preises oder gegen Nachnahme. Jede Tabelle kostet 20 Pfennig; der Preis für alle Tabellen zusammen beträgt 40 Pfennig. Bei Abnahme von insgesamt mindestens 100 Stück gewährt die Reichsdruckerei einen Preisnachlaß.“

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 20. September.

- 10,05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk.
- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage und Wasserstands-meldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00 Uhr: Konzert aus der Jahreschau, Dresden. Dresdner Rundfunkkapelle: Gustav Agonie.
- 16,30 Uhr: Konzert. Leipziger Rundfunkorchester: Hilmar Weber.
- 18,05 Uhr: Rechtsfunk.
- 18,20 Uhr: Steuerfunk.
- 18,30—18,55 Uhr: G. van Eyeren, C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene (Deutsche Welle, Berlin.)
- 18,55 Uhr: Wettervorausgabe, Zeitangabe und Arbeitsnachweis.
- 19,00 Uhr: Dr. Arno Schirakauer, Leipzig: „Deutsche Hansestädte.“
- 19,30 Uhr: Ober-Reg.-Rat Dr. Bernhard Spangenberg, Dresden: „Die Reparationsfrage.“ 2 Vorträge: „Die Durchführung des Dawesplans.“
- 20,00 Uhr: Orgelkonzert aus der Matthäi-Kirche zu Leipzig. (Zugleich Übertragung auf den Deutschlandsender.) Dirigent: Alfred Sienbret. Orgel: Max Fests. Gesang: Trude Seck (Anna-berg). Violine: Konzertmeister Max Krämer. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Am Cembalo: Dr. Helmut Schulz. Sinfonie-Orchester. Am Cembalo: Dr. Helmut Schulz. 1. G. F. Händel (1685—1750): Orgelkonzert Nr. 2 (Op. 4, Nr. 2). Max Fests. 2. Joh. Seb. Bach (1685—1750): Krie für Alt mit Solo-Flöte aus der Kantate Nr. 119: „Wir rufen dich, du Gott der Gnaden“, Trude Seck. 3. F. M. Veracini (1685—1750): Kammerkonzert für Violine und Orgel, Max Krämer und Max Fests. 4. Joh. Seb. Bach (1685—1750): Krie für Alt und Solo-Oboe aus der Kantate Nr. 129: „Gelobet sei der Herr, mein Gott“, Trude Seck. 5. Enrico Cossy (1861—1925): Konzert für Orgel und Orchester (A-Moll), Op. 100, Max Fests.
- 21,15—22,00 Uhr: Upton Sinclair (zum 50. Geburtstag des Dichters). Aus seinem Werk „Petroleum“. Vortrag: Hans Zeise-Gött.
- 22,00 Uhr: Funkpranger.
- 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30 Uhr: Funkstille.

Berichtungs-Kalender

Mittwoch, den 19. September 1928.

Deutscher V.-Ost (SPD), Kaffers Festkale, 10,30 Uhr.

Donnerstag, den 20. September 1928.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (außerordentliche Vertreter-versammlung), Volkshaus, 10 Uhr.

Hünefeld in Sofia gelandet. Hünefeld hat die erste Etappe seines Ostasien-Fluges beendet. Nach 9½stündigem Flug ist er am Dienstag, 11,30 Uhr, in Sofia gelandet. Die Europa erreichte dabei eine durchschnittliche Stundengeschwindigkeit von etwa 150 Kilometer.

An die Mitglieder der freigeistigen Verbände.

Zur Bundestagung der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände, die vom 29. September bis 1. Oktober 1928 in Dessau stattfindet, veranstalten die Freidenker des Bezirks Anhalt am Sonntag, 30. September, ein Treffen in Dessau.

Es finden vormittags zwei Morgenfeiern und nachmittags ein Umzug mit Demonstration auf dem Marktplatz statt. Ferner sind Besichtigungen des Bauhauses vorgesehen. Die Teilnehmer zahlen 50 Pfg. und bekommen dafür eine Plakette. — Die Plaketten sind in den Geschäftsstellen der Verbände in Leipzig möglichst gruppenweise zu entnehmen.

Die Meldungen der Teilnehmer müssen bis zum 25. September erfolgt sein. Sonntagsfahrkarte nach Dessau 2,60 Mk. Treffpunkt in Dessau: Tivoli. Weitere Auskünfte erteilen die Geschäftsstellen.

Ortskartell der freigeistigen Verbände Leipzigs
I. A.: C. Peter.

Zurück! Zahnarzt Dr. Kötteritzsch

Königsplatz 8 Fernruf 14755
Ortskrankenkasse

Dr. med. S. Moltke

Hahnekamp 1b, gegenüb. Krystallpalast
von der Reise zurück

Nervenarzt Dr. Brechling

Braustraße 31 Fernruf 33812
von der Reise zurück

Dr. Stumme, Chirurg, zurück.

Vielen Dank für all die Ehrungen, welche uns anlässlich unseres

25-jährigen Ehejubiläums

von so vielen Seiten in so reichem Maße zuteil wurden.

Bad Naußitz, im September 1928.
Karl Lautenschläger und Frau

Möbel Peter & Co.

Auf Teilzahlung 1/10 Anzahlung
Schlafzimmer Kinderwagen
Herrenzimmer Teppiche
Speisezimmer Linoleum
Höfemöbel Divan-Decken
Ergänzmöbel farbige Betten
Korbmöbel Bettvorleger

24 Monatsraten

Leipzig Katharinenstr. 4

Lieferung auch nach auswärts - Beamte ohne Anzahlung



Ein unentbehrliches Nahrungsmittel

aus edelsten Erzeugnissen der Natur, das den verwöhntesten Ansprüchen gerecht wird, ist die neue Marke „Alma, die Margarine für Alle“. Sie wird grundsätzlich ohne Zugaben verkauft. Dafür erhält die Hausfrau den vollen Wert des gezahlten Preises in der Qualität der Ware.

Das Pfund kostet nur 85 Pfennig.

ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE



Wer gibt mit?

Die Nonnen vom St. Klara-Kloster in Rievelsberg bei Trier sind entweder neckische Spässpüßel oder sie halten sich ernstlich für so dumm, wie nach ihrer Meinung der Mensch sein muß.

Selbstverständlich benutze ich nicht. Ich drücke nicht einmal den ganzen Bettelewis hier ab. Ich möchte nur erweisen, daß mittelalterlicher Pfaffengeist lebendig ist wie je.

Die Klarissen-Kapuzinerinnen im schwarzen Trier wollen ein Klosterlein bauen, weil ihnen das jetzige zu feucht und zu eng ist. Sollen sie es tun, wenn es ihnen Spaß macht und sie das Geld dazu haben.

Die Nonnen, die mit Beten und Bühen der Arbeit aus dem Wege gehen, versprechen eine Gegenleistung. Siebenmal täglich beten sie gemeinschaftlich für den Wohlstand und den Segen Gottes auf ihn herab.

Schon war ich bereit, die Männlein zu ersuchen, ein halbes Hundert Bruchsteine, die meinen Garten vorzunutzen, sich abzuholen. Da fällt mein Blick auf den Schlupfwinkel des Bettelbroses der nicht gern arbeitenden, sondern lieber betenden und bettelnden Nonnen.

Ich wage nicht zu hoffen, daß die Polizei so hinter dem bettelnden heiligen Joseph her ist wie hinter seinen Kollegen, die morgens aus dem Döbischhofenplatz herausgelassen werden, und dann Klinkenputzen gehen müssen.

Ein richtiger falscher Fußiger

Eine landläufige Redensart bezeichnet manchen als falschen Fußiger, der gar kein richtiger falscher Fußiger, weil genau beisehen, überhaupt kein Fußiger ist, also auch kein falscher sein kann.

Die Semmelpreise auf Hochtour

Als im lehrverflochtenen Frühjahr die Weizen- und Roggenpreise in die Höhe gingen, nahmen die Leipziger Bäcker sofort Veranlassung, neben der Erhöhung der Brotpreise auch den Semmelpreis von drei auf vier Pfennig hinaufzusetzen.

Die Nebeltaktik der Luftthansa

Die trampfhaften Versuche der Luftthansa, den wegen der unverantwortlichen Subventions- und Protektionspolitik des Reichsverkehrsministeriums ausgebrochenen mitteldeutschen Luftkrieg auf partikularistische Eifersüchteleien zurückzuführen, scheinen jetzt doch auf ein totes Geis geraten zu sein.

Nach Auffassung der Luftthansa ergibt sich die jetzige Schwierigkeit nicht aus den mit Reich und Ländern vereinbarten, bisher auch von Sachsen gezeigten Beihilfsfällen, sondern aus der Frage der beiden Flughäfen Leipzig-Mosau und Scheuditz (Halle-Leipzig), deren Nutzung nur behördlich, aber nicht durch einen Schritt der Luftthansa erfolgen kann.

D. dieser unschuldsvolle Engel Luftthansa. Am Dienstag ging der Presse die Meldung zu, das Reichsverkehrsministerium habe dem bayerischen Handelsministerium die Mitteilung gemacht, daß erwogen werde, der Nordbayerischen Luftverkehrs-Gesellschaft die generelle Flugkonzession zu erteilen.

Doch der Luftthansa ist trotz dieses für sie günstigen Verlaufs der Dinge gar nicht mehr recht wohl. Sie sieht sich zu der Erklärung genötigt:

Die Forderung des jährlichen Streckennetzes ist, soweit sie überhaupt erfolgen dürfte, durch wiederholte Briefe der sächsischen Regierung erzwungen worden, in denen zunächst mit der Einstellung der Beihilfszahlungen gedroht und endlich die vorläufige Einstellung dieser Zahlungen mitgeteilt wurde.

Nu schau bloß einer an! Will die Luftthansa etwa sagen, auch sie erziehe die Herabsetzung der Beihilfen? In diesem Falle kann das doch nur heißen: die Herabsetzung der Beihilfen der nicht luftthansatischen Fluggesellschaften.

Wie ich mitgeteilt, hat die Luftthansa den Flugverkehr mit den sächsischen Flughäfen eingestellt. Damit sind Dresden und Chemnitz für die Zeit bis zum 13. Oktober, dem Schlußtage des reichsdeutschen Flugverkehrs, aus dem Flugnetz der Luftthansa hinausgeworfen. Sogar die sogenannte Baumwolllinie Bremen-Hannover-Halle-Chemnitz-Brug meidet Chemnitz.

Das Stötteritzer Tagesheim

Im Anschluß an unsere Kritik vom 14. September über „Anerkennung der Zustände im Städtischen Tagesheim und Kindergarten „Stötteritz“ (Verlängerter Oststraße) werden wir von der Elternkommission des Heims um die Aufnahme der nachfolgenden Darstellung gebeten, die unsere Angaben vom letzten Freitag trefflich ergänzt:

8 bis 14 Tage lang wurden die Kinder des Heims mit Hüllensäckchen beschäftigt. Unter anderem wurde auch eine Riste Erbsen, die nach von der vorhergehenden Leitung herkam, von Fräulein B. zur Auslese gebracht. Obwohl Fräulein B. sich davon überzeugt hatte, daß die Erbsen von Mäden vollständig zertrümmert waren, gab sie trotzdem den Kindern den Auftrag, den Urnat herauszulösen und in einer Schüssel zu sammeln, die dann — voller Mädenwimmelte. Fräulein B. ließ ein oder mehrere Male für die Kleinkinder Mittagstischchen kochen, in denen selbstverständlich noch zahlreiche Mäden trotz Auslese vorhanden waren, die die Kinder beim Essen herausfischen mußten.

Zur letzten Weihnachtsfeier stellte der Rat Fräulein B. frei, die Eltern einzuladen. Fräulein B. lehnte das jedoch ab. Trotz der Ablehnung waren Eltern gekommen, unter anderem auch Frau M. Obwohl es kalt war, ließ Fräulein B. die Eltern im Garten vor der Baracke stehen. Eine Kindergärtnerin, der dies leid tat, öffnete ein Fenster, damit die Eltern wenigstens etwas sehen konnten. Dies wurde von Fräulein B. wieder zugemacht. Inzwischen wurde es der Frau M., die einer Entbindung entgegen sah, übel und eine Kindergärtnerin brachte daher einen Stuhl in den winterlichen Garten. Als Fräulein B. dies bemerkt hatte, zog sie den Stuhl der Frau M. in rückwärtiger Weise wieder weg.

Es ist auch sehr selten, daß Frau Dr. Ma., die die Kindergärten und Tagesheime zu kontrollieren hat, von den Missetätigkeiten nichts wissen will. Sie war während der Ausübung ihrer Kontrolle meistens nur mit Fräulein B. mehrere Stunden allein zusammen, das Personal aber überließ sie. Die ihr trotzdem zu Ohren gekommenen Differenzen zwischen Leiterin und Personal hat sie unbeachtet gelassen, da dies zu dienstlichen Meinungen nicht ausreiche. Sehr sonderbar!

Demgegenüber waren dem Jugendamt schon im Mai und Juni die ersten Mitteilungen über die Missetände hinterbracht worden, was mit der Aussage des Inspektors B., „wir warten darauf, daß dem Amte solche Mitteilungen vom Personal gemacht werden“, wohl nicht übereinstimmt; denn im Juli wurde von Fräulein G. vom Küchenpersonal erneut Beschwerde beim Jugendamt über minderwertiges Essen geführt.

Welche Stellung wird nunmehr das Jugendamt und ferner das Gesundheitsamt wegen des „Mädenmittagsmahles“ und des Personalamts betr. fristloser Entlassung des Frä. B. (der Wille aller Eltern) nehmen?

Wird der Rat den Vertretern der Elternkommission wieder entgegen: „Sie sind brutal, Frä. B. zur Entlassung bringen zu wollen“, obwohl die Tatsachen schon vorher genügend belastendes Material enthielten?

Es ist selbstverständlich, daß der Rat auch den Vertretern der Elternkommission gegenüber äußerte: „Das ist nicht recht von Ihnen, die Öffentlichkeit durch die Presse zu unterrichten.“ Denn das Jugendamt wurde schon vorher vom Personal gewarnt, hat aber anscheinend dergleichen, schnellere Maßnahmen zur Abhilfe der Missetände bzw. gegen Fr. B. zu ergreifen, so daß die Elternschaft zuvor kam.

Sitzung der Stadtverordneten

Am Mittwoch, 19. September 1928, 18 Uhr, nimmt das Stadtverordnetenkollegium seine durch die Sommerferien unterbrochenen Verhandlungen wieder auf. Die Tagesordnung lautet: Nachtrag wegen des gemischten Schulausschusses und des gemischten Berufsschulausschusses zur Schulordnung der Stadt Leipzig, Umbildung der Kommission für die höheren Schulen, Gleichstellung von Nichtphilologen an den höheren Schulen mit den Philologen,

Beteiligung der 1. Knabenberufsschule an der Ausstellung „Die Deutsche Gaststätte“, Herrichtung von Amtszimmern für hauptamtliche Schulärzte, Kinderhort (Wohltätiger), Beschaffung von Lehrmitteln für die Mädchenberufsschule (Zentralsschule), 34. Volksschule (Schulgarten), 39. Volksschule (Turnhalle, Speisestube), Erziehungsbeihilfen, Bedarfsfälle in der offenen Fürsorge, Beschwerde gegen die Wahl eines Stadtverordneten in den Verwaltungsrat für die technischen Werke, Bahnen in a) den Berufsausschuss, b) den Ausschuss für Fortbildung, c) den Verwaltungsausschuss für das Arbeitsamt, Zusammenlegung und Eigenbewirtschaftung von Gütern usw., Enteignung von Gelände an der Diezmannstraße, Anliegerverpflichtungen der Stadtgemeinde aus Anlaß des Baues der 50. Volksschule, Herstellung des Stünzer Weges, Bau eines Fußgängeruntertunnels unter dem Bayerischen Bahnhof, Ausbesserungen im Ostheim, Einbau einer Wohnung im ehem. Mühlengrundstück zu L. Lindenau, Umfurnung von Flurteilen der Herren Baunsdorf und „Heiterer Blick“, Bebauung von L. Reudnitz-West, Umbau und Einrichtung von Räumen für Jugendpflege im Grundstück Mühlstr. 14, Ausbau der Heimvolkshochschule Salomonstraße 21, Beitrag an die Heimvolkshochschule, Beitrag an den Verein „Villa Romana e. V.“, Beitritt der Stadtgemeinde zum Deutschstumpfsfonds beim Deutschen Städtetag, 34. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Birschaft für ein Darlehen, das die Leipziger Baumeise G. m. b. H. aufnehmen will, Beschaffung von Buchungsmaschinen, Ueberbedeckung des Fleischnährgrubens an der Hauptfeuerwache, Auffüllung von Schaubuden und Karussells auf Plätzen, Blumenhandel vor den Friedhöfen, Radenschluß, Kraftwagenparkplätze.

Anfälle in Leipzig

Von einem Motorrad angefahren wurde gestern in der Eisenstraße, kurz nach 14 Uhr, die 6 Jahre alte Schülerin Gertraud Müller. Mit schweren Kopfverletzungen wurde sie nach dem Krankenhaus gebracht.

Von ihrem Taktwagen gestürzt ist gestern in der 9. Stunde auf der Straße des 18. Oktober die 27 Jahre alte Händlersfrau Frieda Nüssel auf der Fahrt zur Großmarkthalle. Mit einer leichten Gehirnerschütterung wurde sie nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Zusammenstoß. In der Merseburger Straße in Lindenau ereignete sich am Dienstag gegen 17 Uhr ein Unglücksfall, der leicht schwere Folgen haben konnte. Ein 15jähriger Lehrling wollte mit einem zweirädrigen Handwagen, der mit langen Leitern beladen war, quer über die Straße in einen Torweg einbiegen. In demselben Augenblick kam ein Motorradfahrer und fuhr mit großer Wucht an den Handwagen. Dadurch wurde der Lehrling zur Seite auf die Straße geschleudert, während der Motorradfahrer zum Stehen kam. Große äußere Verletzungen hatte sich der Lehrling nicht zugezogen. Da er aber über allgemeine Schmerzen klagte, wurde er mit dem Sanitätsauto in das Diakonissenhaus gebracht.

Aus dem Fenster gestürzt. Gestern gegen 11 Uhr ist aus dem 1. Stockwerk des Hauses Nilschstraße 49 eine 64 Jahre alte Hausangestellte beim Fensterputzen auf die Straße gestürzt. Sie zog sich einen Bruch des rechten Oberarmknochens und Verstauchungen des rechten Fußes zu, so daß sie nach dem Diakonissenhaus gebracht werden mußte.

Schwerer Verkehrsunfall. In der Deusscher Allee ist gestern kurz nach 17 Uhr der 37 Jahre alte Schlosser Kurt Reich von seinem Fahrrad gestürzt und wurde von einer hinter ihm kommenden Straßenzugmaschine über das linke Bein gefahren. Mit einer Quetschung des linken Unterschenkels und einem Bluterguß wurde er nach dem Krankenhaus gebracht.

Mit der Straßenbahn zusammengefahren. In der Waldstraße an der Ecke Röllnerweg stieß der 60 Jahre alte Schlosser Georg Frenzel aus Mährisch mit seinem Fahrrad mit einem Straßenbahnzug der Linie 8 zusammen. F. brach dabei das linke Schienbein und erlitt harte Hautabrisse. Er wurde nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

Schönefeld. Unser Frauenabend fällt heute aus. Pagan. Donnerstag, 20. September, 20 Uhr, im Volkshaus. Vortrag über Arbeiterwohlfahrt. Aussprache.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Zentrale. Die Zwäcker Kinder kommen Freitag, 15.43 Uhr, Hauptbahnhof an. Die Vertrauensmänner sowie einige größere Kinder und freie Helfer erscheinen am Hauptbahnhof, leiblichen Ausgang.

Westbezirk. Donnerstag, 20. September, 18 Uhr, Helfersitzung in der Bibliothek.

Großschöcher. Sonnabend und Sonntag Arbeit am Heim. Sonnabend, 19.30 Uhr, Helfersitzung bei Wüst.

Sprechchor.

Heute und Freitag abend Probe in der Schule. Kommt alle! Bringt noch Helfer mit!

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Jugendtag in Pagan. Heute Mittwoch letzter Jahrtag für die Begreifbar. Beachtet dies bitte. Sekretariat von 18.30 bis 20 Uhr geöffnet.

Am Donnerstag werden Helfer im Jugendherbergsverband gebraucht. Die Gruppen Ost 1, Ost 2, Schleißig und Schönefeld haben je 5 Vertreter zu entsenden. Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Bezirk Ost. Heute Mittwoch findet in den Reichshallen eine Bezirksversammlung statt. Der Genosse Bauermeister spricht über „Demokratie — Diktatur“.

Mitglieder-Veranstaltungen

Ostsch-Gaußh. Freitag, 21. September, 20 Uhr, im Mittelpunkt. Tagesordnung: Vortrag über das drohende Zuchthausgeheiß. Referent: Genosse Neu. Gemeindeverordnetenbericht. Stand der Verschmelzung. Parteinarbeiten. Aufnahme neuer Mitglieder.

Achtung! In der Frauenbeilage am Sonnabend, dem 15. September, wurde der Preis für das Büchlein von Magnus Hirschfeld und Richard Linfert: Empfängnisverhütung (Mittel und Methoden), Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1928; 44 Seiten, irrtümlicher Weise für 40 Pfennig angegeben. Wir bitten die Interessenten, davon Kenntnis zu nehmen, daß das Heft 1,25 Mark kostet.

Kentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsgeldbesitzer. Ausgabe von Kalbsfleisch, beste Qualität, Freitag, den 21. September, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 22. September, von 8 bis 14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis das Pfund 90 Pfg. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Ein Zeugnis der Elektrolux

Und ein merkwürdiger Affessor

„Die Elektrolux GmbH ist durch ihre Staubsauger allgemein bekannt. Sie gehört einem ausländischen Konzern und scheffelt durch Ausnützung der Beiräte, den Haushalt zu rationalisieren, schweres Geld. Das ist der eine Teil ihrer Berühmtheit. Der andere besteht in der Tatsache, daß sie Rekordleistungen in der Ausbeutung ihrer Angestellten vollbringt. Tarifgehalt und sonstige tarifliche Rechte gelten in den Betrieben der Elektrolux GmbH nicht, deswegen ist es auch weiter nicht verwunderlich, daß es in ihren Betrieben und Werkstätten unausgesetzt zu Arbeitsstreikigkeiten und Konflikten kommt. Die Leipziger Niederlassung des Unternehmens wurde nun in den letzten Monaten stark verkleinert, und so kommt es, daß die Elektrolux-Gesellschaft kein allzu leistungsfähiger Arbeiterbetrieb geworden ist. Ein Beispiel: Ein Bilanzbuchhalter war bei der Firma mehr als zwei Jahre beschäftigt, ohne daß ihm das Tarifgehalt gezahlt wurde, das ihm auf Grund seiner Tätigkeit bei der Ausführung der Bilanzierungsarbeiten zustand.“

Nach seiner Entlassung (er hatte seinen Lohnanspruch schon vorher unausgesetzt geltend gemacht) klagt er durch den Zentralverband der Angestellten die Gehaltsabfertigung, ungefähr 1200 Mk., ein. Der Vertreter der Elektrolux-GmbH erklärt, daß der Kläger nie Bilanzbuchhalter gewesen sei. Auf diesen Einwand hin legt Genosse Ehrhardt vom JdL das von der Firma ausgestellte Zeugnis vor, das ausdrücklich die besondere qualifizierte Tätigkeit des Klägers bescheinigt. Es lautet wörtlich:

„Herr N. war vom 21. 8. 1926 bis zum heutigen Tage in unserer Firma als Journal- und Bilanzbuchhalter beschäftigt.“

Zu seinen Hauptarbeiten gehörte die Führung unseres umfangreichen und vielfach zergliederten Hauptbuchjournals sowie die Aufstellung der für unsere Generaldirektion in Berlin bestimmten Monats- und Jahresabschlüsse. Weiter hatte er die Kassenabteilung unserer 8 auswärtigen Verkaufsstellen zu kontrollieren und ein Buchhaltungspersonal von etwa 15 Angestellten zu beaufsichtigen.

Wir können sagen, daß Herr N. alle ihm übertragenen Arbeiten zu unserer reiflichen Zufriedenheit erledigte. Er verfügt über umfassende kaufmännische Allgemeinkenntnisse und ist Spezialist in allen Buchführungs- und Kassenangelegenheiten. Durch seine rastlose Arbeitsfreudigkeit, durch Fleiß und Ehrlichkeit hat er sich unser größtes Vertrauen erworben.

Leider wollten wir auf die Dienste des Herrn N. verzichten, da wir unseren gesamten Innenbetrieb zwecks Zentralisation nach Berlin verlegt haben und Herr N. das ihm gemachte Angebot, mit nach dort zu überstellen, aus privaten Gründen nicht annehmen wollte.

Wir können Herrn N. jederzeit auf das wärmste empfehlen. Unsere besten Wünsche für seinen ferneren Lebensweg begleiten ihn.“

Trotz dieses wirklich eindeutig genug gehaltenen Zeugnisses wagt die Elektrolux-GmbH zu behaupten, daß der Kläger eine übergeordnete Funktion ausgeübt hätte. In der Südniederlassung hatte Arbeitsgerichtsrat Fingering bereits den Vertreter der beklagten Firma auf das Unhaltbare seiner Stellungnahme aufmerksam gemacht. In dem zweiten Termin (Arbeitsgerichtsrat Fingering ist inzwischen in Ferien gegangen) war Affessor Dr. Bernhard Vorsitzender der Kammer. Merkwürdigerweise sah er in dem Zeugnis der Firma noch keinen stichhaltigen Beweis für die Tätigkeit des Klägers als Bilanzbuchhalter und erklärte, die Firma müsse das Recht haben, den „Gegenbeweis“ zu erbringen. Für den gesunden Menschenverstand ist diese Auffassung nicht ganz einleuchtend. Wenn die Firma anerkennen muß, daß das ihren Namen tragende Zeugnis richtig, d. h. nicht gefälscht ist, trägt sie dafür doch auch die volle Verantwortung. Wie kann sie da noch „Gegenbeweis“ erbringen? Wenn sich nämlich ein Unternehmer zu irgendeiner Tatsache schriftlich verpflichtet und sich dann an die Vereinbarung nicht mehr hält, stehen ihm etwa auch die Möglichkeiten zu „Gegenbeweisen“ offen?

Eigentlich wirkte auch, daß der Affessor dem Genossen Ehrhardt, der sich seines Mandanten energisch annahm, vorwarf: „Sie sind Scheinbar (der Affessor meinte offenbar „anscheinend“) nicht in der Lage, sachlich zu verhandeln!“ — Wir sind der Auffassung, daß Dr. Bernhard auf dieser unerhörten „Kritik“, die übrigens auch sachlich völlig unangebracht war, keinesfalls bezichtigt war. Wir möchten sehen, was Herr Dr. Bernhard gefügt hätte, wenn ihm der Genosse Ehrhardt darauf erwidert hätte: „Sie sind anscheinend nicht in der Lage, eine Verhandlung sachlich zu leiten!“

Sächsische Angelegenheiten

Mißbräuchliche Verwendung öffentlicher Mittel

Ein Vorstoß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

In der letzten Zeit gingen Nachrichten durch die Presse, die von recht merkwürdigen Dingen beim Wohnungsbau in einigen Arbeiterwohnstätten in der Nähe von Wurzen sprachen. Unter Benutzung öffentlicher Mittel sind hier Siedlungen für Steinarbeiter erbaut worden, die wahrlich kein Ruhmesblatt für die verantwortlichen Stellen bilden. In einem Ort ist eine Siedlung mit 30 Wohnungen erstellt worden, von denen jede im Jahre 650 Mark Miete, also wöchentlich 12,50 Mark kosten soll. Dabei verdient ein Steinarbeiter wöchentlich durchschnittlich 26 Mark! In der anderen Siedlung liegen die Dinge noch schlimmer, da man hier infolge der über Erwartungen angewachsenen Kosten die Wohnungen in je zwei Wohnungen geteilt hat und auf diese Weise zu Räumen gekommen ist, die allen gesundheitlichen und kulturellen Anforderungen Hohn sprechen. Um diese ganze Angelegenheit, die besonders deshalb bemerkenswert ist, weil eben bei dem Bau öffentliche Gelder verwendet wurden, zu gründlicher Klärung zu bringen, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht:

„In den Gemeinden Großschöpa und Zwoschau bei Wurzen sind mit erheblichen staatlichen Zuschüssen und unter Ausschluß und Mitwirkung der Amtshauptmannschaft Grimma Wohnungen errichtet worden, um im Interesse der dortigen Steinbruchsunternehmer Arbeiter leihhaft zu machen. Die errichteten Bauten entsprechen in keiner Weise den aufgewendeten Mitteln und den Anforderungen, die an die üblichen Siedlungswohnungen gestellt werden müssen, vielmehr sind öffentliche Mittel in ganz unverantwortlicher Weise verwendet worden.“

Die den Mietern der Wohnungen vorgelegten Mietverträge sind so gehalten, als wenn es sich um Mietwohnungen handelte, obwohl die Bauten fast nur mit öffentlichen Mitteln erstellt wurden.

Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen:

1. Die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen,
2. durch Gewährung weiterer Zuschüsse die Mieten auf ein erträgliches Maß herabzusetzen,
3. dafür zu sorgen, daß die Bewohner der Siedlungen nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Unternehmer gebracht werden.“

Es ist zu hoffen, daß es den Bemühungen unserer Landtagsfraktion gelingen wird, wenigstens den schlimmsten Schaden wieder gutzumachen.

Einheitsfürsorge in Sachsen

Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium weist in einer Verordnung darauf hin, daß für die Bezirksfürsorgeverbände durch das Gesetz die Möglichkeit bestünde, im Rahmen der geltenden reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen die Einheitsfürsorge, und zwar auf dem Stand der sogenannten „gehobenen Fürsorge“ zu verwirklichen. Zwingendes Recht ist, daß seitens der Bezirksfürsorgeverbände Sätze für allgemeine Fürsorge und Sätze für gehobene Fürsorge festgesetzt werden. Dabei müssen die Sätze für Sozial- und Kleinrentner und der ihnen Gleichstehenden so bemessen sein, daß diese Gruppen gegenüber der allgemeinen Fürsorge eine angemessene Mehrleistung erhalten. Es können aber auch noch weitere Personengruppen in die allgemeine Fürsorge aufgenommen werden. Das ist in Sachsen bereits mit den Personen geschehen, die aus Alter oder körperlichen oder geistigen Gebrechen erwerbsunfähig geworden sind und trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Ferner ist zu beachten, daß über diese landesrechtliche Regelung hinaus die Bezirksfürsorgeverbände überhaupt berechtigt sind, den Hilfsbedürftigen eine über die allgemeine Fürsorge hinausgehende Hilfe zu gewähren. Infolgedessen können auch andere Gruppen nach dem Gehobenen der Fürsorge unterstellt werden. Eine Ausnahme ist nur bei Arbeitslosen und bei denjenigen Personen zu machen, die wegen offenkundig unwirtschaftlichen Verhaltens besonders zu behandeln sind. Bei allen anderen Hilfsbedürftigen bestehen nach Ansicht des Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums keine Bedenken, sie gleichfalls in die gehobene Fürsorge aufzunehmen. Die Bezirksfürsorgeverbände haben also reichlich durch die Möglichkeit, auf dem Stand der gehobenen Fürsorge die Einheitsfürsorge zu verwirklichen.

Waffenfund in einem Teich bei Pirna

In dem sogenannten Zug-Teich in Pirna-Modethal bei Pirna wurden dieser Tage 54 Infanteriegewehre und Karabiner, von denen die Schäfte teilweise abgelagt sind, ein leichtes Maschinengewehr mit zwei Ersatzläufen, drei Rüstern mit je 1450 Schuß Munition, eine größere Anzahl Gewehrklaffen, Seitengewehre, Stielhandgranaten und Sprengkörper gefunden. Die Entdeckungen darüber, woher die Waffen stammen, sind von der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Dresden sofort aufgenommen worden. Nach dem Zustand, in dem die Waffen aufgefunden worden sind, steht schon fest, daß sie nicht etwa erst in neuerer Zeit in den Teich verfallen sind. Da der Teich vor drei Jahren erst geräumt worden ist, müssen die Waffen erst später verfallen worden sein. Vielleicht handelt es sich wieder einmal um eine Waffenkammer der Rechtspolizei!

Eine echt „republikanische“ Jubelfeier

Dieser Tage feierte das Moritzburger Landstamm die hundertste Wiederkehr seiner Gründung. Bei der Gründungsfeier dieses Anstaltens, das bekanntlich seit 1918 ein Staatsbetrieb und dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist, scheinen sich nach einem Bericht unseres Dresdner Parteibüros sehr merkwürdige Dinge abgespielt zu haben. So war unter all den vielen Fajnen und Girlanden nicht eine einzige Schwarzrotgoldene zu sehen, sondern überall prangte das schöne neutrale Weiskrün. Dafür war über der Ehrenpforte eine goldene Krone angebracht! Der sächsische Wirtschaftsminister, Herr Krug von Nidda, ließ sich durch diese Aufmachung natürlich nicht stören. Warum auch? Der sächsische Finanzminister schmückt im Seebad seinen Strandkorb mit schwarz-weißroten Fahnen, der sächsische Wirtschaftsminister durchschneidet eine Ehrenpforte, die mit einer Krone geschmückt ist. Kann man sich eine bessere Selbstcharakteristik der Heide-Regierung denken?

Ein sächsischer Großagrarier in Zahlungsschwierigkeiten

Der Landwirt Alwin Caspari ist mit circa 2 Millionen Passiven in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Caspari betreibt auf seinem Gut bei Leuben-Riesa Saatzgut- und Gartenbau; auch bewirtschaftete er die in der Oschauer Flöge liegenden Rittergüter Rathen, Rabenberg, Hof und Rannefeld als Pächter. Caspari hatte riesige Gemüsekulturen anlegen lassen, u. a. für eine halbe Million Mark Wumentkohlpflanzen. Durch die Kohlkraut- und durch die große Trockenheit hat er jedoch große Verluste erlitten. Den Passiven stehen nur geringe Aktiven in Gestalt von Inventar gegenüber. Die Landständische Bank sowie die Deutsche Bank, deren Forderungen mit je 500 000 Mark genannt werden, sollen gedeckt sein. Auch eine

Gewerkschaft soll rund 130 000 Mark Forderungen haben. Der Rentmeister, Baron von der Döden, der Besitzer der Güter, ist durch die Zahlungsschwierigkeiten des Pächters auch hart betroffen worden.

Gegen das Überhandnehmen von Straßensammlungen

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat beschlossen, im Jahre 1929 nur eine beschränkte Zahl von öffentlichen Straßensammlungen für das Gebiet des Freistaates Sachsen zuzulassen, die planmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden sollen. Anträge auf Genehmigung öffentlicher Straßensammlungen sind deshalb unter Angabe des Veranlassers, des Zweckes und unter Mitteilung der nach Möglichkeit zu berücksichtigenden Zeit dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium bis zum 1. November 1928 einzureichen.

Die Leiche in der Badewanne

Opfer des § 218.

In der Nacht zum Dienstag wurde in Chemnitz die Polizei gegen Mitternacht von Zivilpersonen auf einen verdächtigen Transport einer Badewanne auf einem Handwagen in der Südvorstadt aufmerksam gemacht. Die sofortige polizeiliche Untersuchung ergab, daß man in der Badewanne eine Leiche aus dem Grundfriedhof bringen wollte und zu diesem Zweck einen Unzug vorgeführt hatte. Weiter stellte sich heraus, daß die 29jährige Frau eines Handwerkmehlers die Frau eines Ziegeleiarbeiters zur Vornahme eines Eingriffs aufsucht hatte und dort im Laufe des 17. Septembers verstorben war. Die Ziegeleiarbeiterfrau wurde festgenommen, sie ist wegen Vergehens gegen § 218 bereits mit Zuchthaus bestraft.

Im Streit getötet

Bischofswerda. Im benachbarten Wollau gerieten vor einem Gasthof zwei Steinarbeiter in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Der Arbeiter Braun aus Demitz gab seinem Kollegen Max Krebs aus Schönborn einen so heftigen Schlag, daß er zu Boden stürzte und mit dem Hinterkopfe auf das Straßengestühl aufschlug. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er starb. Der Täter wurde verhaftet.

Chemnitz. Vom Fahrstuhl getötet. In einem Ziegeleibetrieb wurde ein Fahrstuhl ausgesetzt. Blöcklich kaufte der Fahrstuhl vom Oberboden ins Erdgeschoß hinab und fiel dem Ziegeleiarbeiter Depping, der den oben arbeitenden Leuten etwas zurufen wollte, auf den Kopf. Depping erlitt schwere Kopf- und innere Verletzungen, so daß er bald darauf starb. Bei dem Versuch, Depping durch Hochheben des Fahrstuhls mittels einer Brechkrange zu befreien, fiel der Fahrstuhl nochmals aus drei bis vier Meter Höhe herab und verletzte einen Arbeiter erheblich.

Chemnitz. Talsperrenbau. Der Rat der Stadt Chemnitz beschloß, im nächsten Jahre mit dem Bau einer Talsperre im Seidelsbachtale im Hühagebiete zu beginnen, um die Trinkwassererzeugung der Stadt sicherzustellen. Die neue Talsperre wird einen Kostenaufwand von rund 25 Millionen Mark erfordern. Zur Bedeckung der Kosten ist eine Erhöhung der Wassergebühr in Aussicht genommen.

Blauen. Autounfall. Einen schweren Autounfall erlitt der Fabrikant Friedrich August Peter. In einer kleinen Kurve wurde sein Auto umgeworfen. Er kam zwischen Auto und einem Chausseebaum zu liegen und trug mehrere Rippenbrüche und schwere Quetschungen davon, so daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Blauen. Gefährliches Spiel. Auf einem hiesigen Sportplatz ist beim Fußballspiel Rütth gegen Blauen der Torwart Böhmer von dem Blauerer Mannschaft mit seinem Gegner so heftig zusammengestoßen, daß er eine Gehirnerschütterung davontrug und mit einem Krankenwagen in die Klinik geschafft werden mußte.



Jugendtreffen in Pagan

Am 22. und 23. September findet in Pagan ein Jugendtreffen der SAJ des Unterbezirks Borna statt. Im Paganer Stadtparlament sitzt eine bürgerliche Mehrheit, der wir zeigen wollen, daß die arbeitende Jugend marschieren! Das Treffen steht unter dem Motto: „Sozialismus und Völkerrfrieden“. Das Programm ist wie folgt ausgestaltet: Sonnabend, den 22. September, 19.30 Uhr, Begrüßungsfeier im Volkshaus. Anschließend Fackelzug. Sonntag, den 23. September, 9 Uhr, Morgenübung. Anschließend Demonstrationsspiel. Um 14 Uhr finden allerschöner Spiele auf dem Sportplatz statt. — In die arbeitende Bevölkerung von Pagan appellieren wir, zahlreich zu dieser Kundgebung zu erscheinen und, wo immer möglich, rot zu flaggen!

u Gashwih. Aus der Partei. Der hiesige Ortsverein der SPD hielt am letzten Sonnabend eine gut besuchte Monatsversammlung im Feldschloß ab, die sehr angeregt verlief. Die im Oktober erscheinende Festschrift enthält die 50. Wiederkehr des Jahres, in welchem das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten geschaffen wurde, soll nicht nur unter der Parteigenossen, sondern allgemein verbreitet werden. Die selbige Angelegenheit des Panzerkreuzerbaues wurde lebhaft diskutiert. Die Parteimitglieder von Gashwih und Großschöpa verurteilten aufs energischste den Diktatorbruch der vier sozialistischen Minister. Sie erwarten von der Reichstagsfraktion, daß sie bei Beratung der 2. Rate zum Kreuzerbau wieder gut macht, was der Partei durch die Ministergenossen zugesagt worden ist. Die Mitglieder des Ortsvereins empfanden das Eintreten für das Panzerkreuzerbaugesetz als ein Hindernis auf dem Wege der Wahlpropaganda, die sie zur letzten Reichstagswahl entfalten, als einen Faktischlag ins Gesicht. Ueberhaupt war man der Ansicht, daß es notwendig sei, unsere Parlamentsvertretungen zu verjüngen, sie mehr als bisher aus dem praktischen Leben zu nehmen, da sie offensichtlich in manchen Dingen die Fühlung mit der Masse verloren hätten. — Der hiesige Ortsverein zählt jetzt 82 Mitglieder gegenüber 61 im Vorjahr.

Martrankstädt. Vortrag über Sexualprobleme. Es ist der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung gelungen, den bekannten Berliner Sexualberater am Magnus-Hirschfeld-Institut für Sexualwissenschaft, Genossen Dr. med. Max Hodann, für einen Vortragabend zu gewinnen. Dr. Hodann behandelt mit großer Offenheit die sexuellen Probleme der Gegenwart, ohne „moralische“ Verleumdung. Besonderer Wert wird auf Fragenbeantwortung gelegt. Es ist zu wünschen, daß Genosse Dr. Hodann am 17. Oktober einen vollen Volkshausaal findet. An alle Arbeiterorganisationen wird daher die Bitte gerichtet, diesen Tag von eigenen Veranstaltungen freizuhalten.

Seegeritz. Schwere Sturz. Beim Durchfahren einer Kurve kam hier am vergangenen Sonntagabend der in der Mitte der Dreißiger stehende Schloffer Lang mit seinem Motorrad zu Fall und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Er mußte sofort in ein Leipziger Krankenhaus übergeführt werden.

Kleinbothen bei Grimma. Tödlicher Unfall. Die einzige Tochter der Familie Rie in einem Anfall einseitiger Umnachtung aus einem Fenster auf den Hof. An dem dabei erlittenen schweren Verletzungen ist sie tags darauf gestorben.

Eine Nietenpleite

Man war am vergangenen Freitag in der vom „Einheitskomitee“ einberufenen „Spartakadeversammlung“ im Schloßkeller in Reudnitz schön unter sich. Mehrmalige Kontrolle ergab gegen 21,15 Uhr 320-326 Anwesende. Davon waren reichlich 50 durch Abzeichen als Mitglieder einer Arbeitersportorganisation erkennbar. Durch Uniform und Abzeichen kennzeichneten reichlich 150 ihre Rotfrontzugehörigkeit. Dazu knapp 70 KZ-Mitglieder, der Rest kommunistische Versammlungsabonnenten, dazwischen ab und zu ein neues Gesicht. So legten sich die vom Versammlungsleiter Walter Otto festgestellten „vielen hundert“ Anwesenden und die vom Berichterstatter der Sächsischen Arbeiterzeitung gehaltenen zahlreichen sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterportier zusammen. Sechs Redner mühten sich ab, zu überzeugen. Diskussionsredner bedauerten den schwachen Besuch und daß man nicht bessere Redner gewählt hätte, die von der Spartakade überzeugender sprechen konnten. Das sagte selbst ein Spartakadeteilnehmer! Walter Otto wollte einen Vertreter des Bundesvorstandes vom Arbeiter-Turn- und Sportbund im Saale wissen, den er aufforderte, von der Bühne aus vor der „Leipziger Arbeiterschaft“ zu den „schändlichen Taten“ zu stehen. Er sicherte ihm von vornherein den Schutz der Roten Frontkämpfer zu, die dafür sorgen würden, daß ihm beim Auf- und Abgang von der Bühne „kein Härchen gekrümmt“ würde. Das Schutangebot ist die treffendste Beurteilung der Kampfmethoden kommunistischer Versammlungsbesucher. Panzerkreuzerstimmung durfte selbstredend nicht fehlen. Zum Schluß propagierte Otto seinen Ausschluß aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund. Nach ihm soll nicht gerührt werden, bis die reformistischen Sportführer an der proletarischen Haut zerfellen. Auch eine Bewertung des Rotfrontkämpferschükes.

Der Leipziger Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat 20.000 Mitglieder, die anderen Arbeitersportorganisationen zirka 15.000 Mitglieder. Das sind zusammen 45.000 Arbeiterportier — 50 waren in der Versammlung. Wir gratulieren zu diesem Erfolg.

Wie der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes mitteilt, ist von ihm niemand beauftragt worden, die Versammlung zu besuchen.

Wie sieht es im Leipziger Bezirk bei der 1. Klasse aus?

Das letzte Drittel der Spiele für den Abbau der 1. Klasse beginnt. Die technischen Leiter waren sich schon im Anfang im Klaren, daß besonderes Augenmerk auf die Auffstellung ihrer Mannschaften zu richten ist. Und diejenigen, die über guten Nachwuchs und Reserven verfügen, haben das bessere Ende für sich. Zur Zeit läßt es sich schon einigermaßen beurteilen, welche Mannschaften sich in der Nachrunde ein Stellchlein geben.

Das Hauptinteresse konzentriert sich auf die Spitzenmannschaften. Wer schafft? Wer hält durch? Wer wird den Bezirksmeistertitel davontreiben? Das weiß man noch nicht. Nur Vermutungen kann man nach dieser oder jener Hinsicht aussprechen. Als Favorit gilt in erster Linie Südost, Südwest und Pegau haben die beste Aussicht, mitzureden, und Eisenburg sowie Breußen werden sich anschießend placieren. Amateure, Freisch auf-Wurzen, Bennemil, Knautschberg, Viktoria und Thetia sind als Nachfolger angemeldet.

Alle diese Mannschaften sind aus dem „Schneider“ heraus. Eine Gefahr, sich an der Ausscheidungsrunde beteiligen zu müssen, be-

steht nicht mehr. Es sei denn, daß Thetia alles Pulver verschossen hat und in Zukunft nur noch den Punktlieferanten abgibt.

Anders sieht es bei Detsch, Fußballring, Vorwärts-West, Bahren, Schönan, Schönefeld, West 03 und Vorwärts-Süd aus. Diese werden unter sich den Schlechtesten bestimmen, der an der Nachrunde sich mit beteiligt. Als noch so „durchgeleppert“ können Detsch, Fußballring und Vorwärts-West bezeichnet werden. Aber, aber, es kann doch noch anders kommen.

Als „kerner Lieben“ registrieren wir: Eintracht, Modern, Sportklub Mooka, Markranstädt, Groitzsch, Wiederitzsch, Großschöcher, Normanna und Vorwärts-Wurzen. Den beiden letzten ist es bei aller Anstrengung im günstigsten Falle noch möglich, einen „noch so Durchgelepperten“ herunterzuholen und deren Plätze einzunehmen. Wer könnte dies sein? Der Papierform nach: Vorwärts-Süd.

In Zukunft soll allen Interessenten in der Tageszeitung laufend eine Tabellenbeurteilung unterbreitet werden. Sie ist als „Halbamtlich“ anzusehen. Zum besseren Verständnis über den „Hinauswurf“ der zehn schlechtesten Mannschaften sei kurz festgelegt, wie sich die „Tragödie“ abwickelt: Zu den zehn schlechtesten der 1. Klasse kommen die zwei besten Mannschaften der 2. Klasse. Die werden dadurch ermittelt, daß die Spitzenreiter von B 1, 2, 3, 4 eine Runde spielen. Die zwei besten kommen dann in Frage. Es bestreiten sonach zwölf Mannschaften die Endkämpfe nicht nach Punkten, sondern im Ausscheidungssystem. Das heißt, der Verlierer darf nicht mehr mitmachen. Der erste Tag ergibt sechs Spiele. Die daraus hervorgehenden sechs Sieger spielen am zweiten Tag. Davon bleiben 3 Sieger übrig. Diese drei spielen eine Runde, und die zwei Punktbesten haben sich den Verbleib in der ersten Klasse gesichert. Ob eine zweiklassige Mannschaft bei dieser Gewalttat es schaffen wird? Wir halten nur Sachsen-Gautsch für fähig.

Wie sind der selten Ueberzeugung, daß trotz Wettkampfs die Ideen des Arbeitersportbundes hochgehalten werden und diese Spiele neue Anhänger für die Arbeitersportbewegung bringen werden.

Tabellenstand der 1. Klasse am 16. September 1928.

	Spiele	gem.	unent.	verl.	Torschütz	Punkte
D. J. A. Südost	14	2	2	2	71:29	30:6
D. J. A. Südost	13	2	1	1	58:17	29:4
Breuen-Mooka	12	2	4	4	47:27	26:10
Sportvereinigung Pegau	12	—	3	3	32:26	24:6
Vorwärts-Eisenburg	11	2	3	3	47:22	24:8
Eintracht 04	12	—	6	6	42:50	24:12
Freisch auf-Wurzen	10	3	4	4	43:25	23:11
R.-M. Bennemil	9	4	4	4	66:43	22:12
R.-M. Thetia	10	1	7	7	40:43	21:15
D. J. A. Knautschberg	9	2	5	5	57:31	20:12
Viktoria 06	8	3	3	3	35:17	19:9
Fußballring Pögnitz	9	1	8	8	48:50	19:17
D. J. A. Detsch	8	3	7	7	37:32	19:17
Vorwärts-West	7	4	5	5	38:27	18:13
Eintracht-Mahren	6	5	6	6	33:31	15:15
Spartakade Schönan	7	1	8	8	44:35	15:17
Fußballring Schönefeld	6	2	6	6	21:31	14:14
West 03	6	2	7	7	43:31	14:16
Vorwärts-Eld	6	2	10	10	20:43	14:22
Normanna 01	4	5	7	7	24:31	13:19
Vorwärts-Wurzen	5	2	9	9	28:45	12:20
R.-M. Groitzsch	4	3	9	9	28:44	11:21
R.-M. Wiederitzsch	3	5	9	9	33:51	11:23
Vorwärts-Breizsch	3	2	12	12	25:56	8:26
R.-M. Markranstädt	2	2	13	13	17:46	6:28
Sportklub Mooka	2	1	14	14	29:55	5:29
Viktoria 07-Möckern	1	3	14	14	18:61	5:31
Vorwärts-Zschitzsch	2	—	15	15	20:119	4:30

Miaslowski

Wie noch erinnertlich sein dürfte, fuhr in der Nacht zum 11. November 1927 der Rittergutsbesitzer Dr. Siegfried Cruius mit seinem Auto in der Südstraße einen Passanten. Der Verletzte ist infolge der dabei erlittenen Verletzungen gestorben. Vom hiesigen Amtsgericht wurde deswegen Dr. Cruius zu 10 Monaten Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Dagegen legte Cruius Berufung ein und wurde in der Verhandlung vor der 4. großen Strafkammer, unter Vorsitz des Herrn Miaslowski, freigesprochen.

Die Empörung gegen diesen Freispruch war groß und Herr Miaslowski fühlte sich durch verschiedene Zeitungen beleidigt. Also regnete es Strafbefehle, nicht nur für verantwortliche Redakteure, sondern auch für Gerichtsbeurtheiler, bei denen man vermutete, daß sie diese Berichte geschrieben hatten.

Einen solchen Strafbefehl über 300 Mark erhielt also auch der Berichterstatter der S.A.Z., Pfl. Dagegen legte Pfl. Berufung ein, die vor dem Schöffengericht verhandelt wurde.

Pfl. war angeklagt, einen Gerichtsbericht über die Verhandlung gegen Cruius für die S.A.Z. geschrieben zu haben. Der Bericht ist am 10. März 1928 erschienen und trägt als Ueberschrift: „Freispruch — weil er ein Gutsbesitzer ist!“ In dem Artikel selbst war vom „berühmten Miaslowski“ die Rede und der Bericht endete mit folgenden Sätzen:

„Die Herren Richter schienen instinktiv zu fühlen, daß es sich hier um einen ihrer Klassengenossen handelte, den man nicht ohne Konsequenzen verurteilen dürfte. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht den Freispruch. Höher geht wahrhaftig nicht mehr. Ein solches Urteil ist ein Freibrief für besoffene Herrenfahrer, die in dem Todesfahren harmloser Passanten die geeignete Abwechslung ihres Schmarotcherdaseins empfinden. Was wäre dem Berufsfahrer geschehen, der sich so etwas hätte zuschulden kommen lassen? Das Gesetz sieht bei fahrlässiger Tötung 5 Jahre Gefängnis als Höchststrafe vor. Wenn überhaupt, dann wäre bei diesem frivolen Bourgeois eine drakonische Strafe angebracht gewesen. Ein solches Urteil, das ist selbst für die über-volle Ruhhaut des Herrn Miaslowski ein ganz erheblicher Fetters.“

Darin erblickte die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung von Beamten in bezug auf ihren Beruf.

Der Angeklagte bestritt in der Verhandlung, der Verfasser des Berichtes zu sein. Es sei eine eigenartige Methode des Gerichts, irgend jemand einen Strafbefehl über 300 Mark zu senden, ohne daß der endgültige Beweis erbracht werden könne, daß er der Verfasser sei. Eine solche Methode sei seit dem Sozialistengesetz noch nicht wieder angewendet worden und er beantrage deswegen seine Freisprechung.

Staatsanwalt Höder mußte klein beigeben und meinte, es läßt zwar die starke Vermutung zu, daß Pfl. den Artikel geschrieben habe, der volle Beweis sei jedoch nicht erbracht. Er stelle deshalb die Frage, ob der Beweis erbracht sei, in das Ermessen des Gerichts.

Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht: Der Angeklagte wird freigesprochen, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Und die Moral von der Geschichte: Auch ein Staatsanwalt kann bei einer Beweisführung bankrott machen.“

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Gebäckene Kalberblähen mit Kohlrabigamuso 85; Schmorstök mit Butterudeln 1,00 — Schlachtfest — Morgen: Hamburger Kloos mit Kartoffelmus 75; Hammelfleisch mit Weiskohl 85; Szegediner Gulasch 1,00

BULGARIA

KRONEN

Die beste 5-Mark-Zigarette!



Der Tri-Ergon-Tonbildfilm

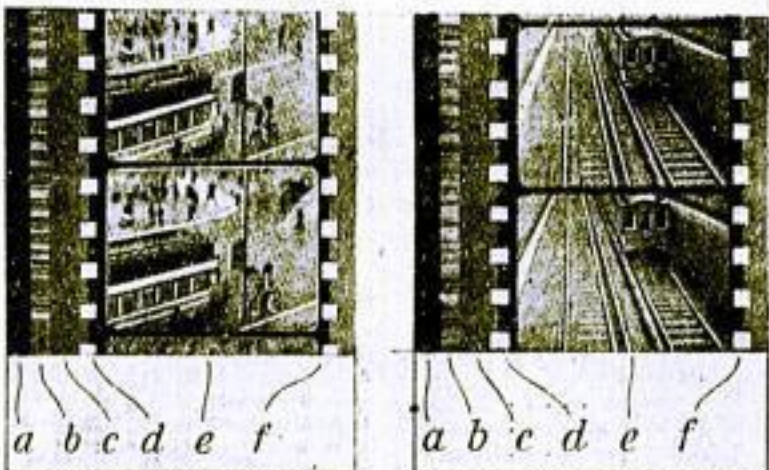
Es ist schon ein alter Wunsch, außer dem Bild des Films auch gleichzeitig dem Zuschauer die Töne von Sprache und Musik, die Laute des flutenden Lebens zu übertragen. An verschiedenen Versuchen dazu hat es nicht gefehlt. Aber erst die moderne Elektronenröhre, die ja auch die Entwicklung des Rundfunks herbeiführte, hat die Erfüllung dieses Wunsches möglich gemacht.

Zunächst versuchte man zusammen mit dem Film Schallplatten aufzunehmen und beide gleichzeitig ablaufen zu lassen. Aber es war nicht möglich, den Gleichlauf von Filmbild und Ton (Synchronismus) herzustellen. Aber gerade darauf kommt es an, daß der Ton in dem gleichen Augenblick gehört werden kann, in dem man das dazugehörige Bild sieht. Unsere Sinnesorgane sind derartig empfindlich für diesen Synchronismus, daß schon die kleinste Zeitdifferenz störend empfunden wird.

Die vollständige Gleichzeitigkeit von Ton und Bild herzustellen, war erst möglich, als es gelang, auch den Ton auf dem gleichen Filmstreifen festzuhalten wie das Bild. Dafür gibt es jetzt mehrere Verfahren, denen allen das gleiche Prinzip zugrunde liegt. Gleichzeitig mit den Filmaufnahmen werden durch ein Mikrophon auch die Töne der Sprache, Musik, das Klangbild der Umwelt aufgenommen. Das Mikrophon verwandelt den Ton in elektrische Stromkräfte verschiedener Stärke. Diese werden durch Elektronenröhren verstärkt und einer Lampe zugeführt. Diese Aufnahmelampe leuchtet entsprechend den ihr zugeführten elektrischen Stromstößen mehr oder weniger stark auf. Bei jedem Erleuchten der Lampe fällt von ihrem Licht ein schmaler Lichtstreifen auf den Film, wodurch die Schwankungen fortlaufend photographiert werden. Sie erscheinen auf einem hierfür am Rande des Filmes besonders freigelassenen Streifen (b) als ganz dünne schwarze Strichchen, und zwar in der Breite des freigelassenen Streifens und in einer Höhe, die etwa in der Größenordnung von einem hundertstel Millimeter liegt. Da dieses „Schallbild“ genau gleichzeitig mit dem normalen Filmbild aufgenommen wird und beide auf demselben Filmstreifen festgehalten werden, ist der Gleichlauf von Ton und Bild bei der Wiedergabe sichergestellt. Die Wiedergabe erfolgt, wie sonst auch, durch das Abrollen des Filmes vor einer starken Lichtquelle. Während aber das Bild auf die Leinwand projiziert wird, gehen die von dem „Schallbild“ durchgelassenen Lichtstrahlen in eine besondere Vorrichtung, welche die schnell aufeinander folgenden Lichtschwankungen in elektrische umwandelt. Diese werden einem Lautsprecher oder Lautsprecherhörnchen zugeführt, wo sie wieder in die ursprüngliche Töne umgewandelt und als solche hörbar gemacht werden.

Nach demselben Prinzip arbeitet auch der Tri-Ergon-Tonbildfilm „Der deutsche Rundfunk“, der dieser Tage in Berlin gezeigt wurde. Der Film ist im Auftrag der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft von der Tri-Ergon hergestellt worden. Er zeigt Arbeits-, Lebens- und Landschaftsbilder aus den neun Senderbezirken des Deutschen Reiches. Der Regisseur Walter Ruttmann, durch seinen Film „Berlin“ bekanntgeworden, hat einen Film von drei Akten hergestellt, in dem er uns durch ganz Deutschland führt. Es

gelang ihm, ohne jede Handlung, ja selbst ohne sich an dem durch den Titel gegebenen Rahmen zu halten, einen interessanten Film zu schaffen. Aber diesmal kam es gar nicht so sehr auf den Filmbild als auf den sprechenden Film an. Es sollten alle Möglichkeiten des Sprechfilms gezeigt werden. Da war die dominierte Untergrundbahn Berlins, das dröhnende, zischende Ungelüm eines Walzwerkes im Ruhrgebiet, die quietischen Klängen einer Berg- und Tal-Bahn, die Schulpfaffen in Bayern. Alles tönte — und alles hörte und sah man so gut, daß man zeitweise verblüfft war. Manche überraschende Feinheiten wurden gezeigt. So bei der Vorführung eines Senderaumes. Zuerst war's ganz still. Man sah nur eine Tür auf der Leinwand. Dann wurde die Klinke niedergedrückt und die Tür langsam geöffnet. Je weiter sie aufging, um so voller und lauter klang das Orchester, das man in dem Senderaum spielen sah.



a und c = neutrale Streifen; b = Tonphotographie; d und f = Perforation für Transport des Filmes; e = Filmbild.

Eine politische Demonstration konnte sich auch dieser von dem „überparteilichen“ Rundfunk bestellte Film nicht verkneifen. Von der Verfassungsfeier zeigte man natürlich ausgerechnet den Aufmarsch der Reichswehr und Hindenburg. Und als man den Königsberger Sender zeigen wollte, da mußte auch der polnische Korridor gezeigt werden. Also erschien auf der Bildfläche eine Karte des nördlichen Preußen alten Stils. Dann schoben sich graue Totenhande an immer länger werdenden, gestrichelten Armlinien nach vorn und klangen den polnischen Korridor aus der Landkarte.

Natürlich hat der Tonfilm noch einige technische Mängel. Schon die Leistungsfähigkeit der Lautsprecher ist ihm manche Grenzen, wie etwa bei der Wiedergabe der Sprache, die zwar einwandfrei verständlich ist, aber noch der bekannte Lautsprecherklang anhaftet. Außerdem scheinen Geräuschmischungen noch schwer

aufnehmbar zu sein. Aber im übrigen ist der Beweis erbracht für die Leistungsfähigkeit des sprechenden Filmes.

Ob er den Stummen verdrängen wird, kann man nicht prophesieren, sicher aber wird in absehbarer Zeit jeder Film seine Wirkung verstärken durch Wiedergabe zumindest der Geräusche und vielleicht auch von Musik. Es wäre verfehlt, den Tonfilm aus ästhetischen Gründen abzulehnen, wie man es beim Rundfunk getan hat. Vom künstlerischen Standpunkt aus ist lediglich zu fordern, daß der Tonfilm sich seiner ästhetischen Grenzen bewußt ist, daß man ihn nicht überall anwendet, nur um seine technische Besonderheit zu zeigen. Er soll aber immer dann benutzt werden, wenn durch ihn die künstlerische Wirkung des Filmes erhöht werden kann. **Jakob Blauner.**

Amateurfender für Arbeiter-Radiobund

Dem Arbeiter-Radiobund sind von der Reichspostbehörde, wie auf der letzten Bundesgeneralversammlung mitgeteilt wurde, 150 Amateurfender bewilligt worden. Diese Amateurfender dürfen ausschließlich auf kurze Wellen senden, das heißt auf Wellen unter 150 Meter Länge.

Es ist erfreulich, daß es nach vieljährigem Kampfe dem Arbeiter-Radiobund endlich gelungen ist, die Sendeerlaubnis auch für sich als einer Arbeiterorganisation zu erhalten. Bereits 1926 hatte der Rundfunkkommissar dem Arbeiter-Radiobund die Bewilligung von Kurzwellensendern zugestimmt; erst jetzt aber findet die Reichspost es für nötig, dieses Versprechen einzulösen. Wir dürfen wohl annehmen, daß die endliche Bewilligung auf den Einfluß der sozialistischen Minister zurückzuführen ist.

Zur Bluttat im Reichenauer Walde

RTB Jitau, 18. September.

Wie die Jitauer Morgenzeitung berichtet, ist der in Groß-Wartenberg an der schlesisch-polnischen Grenze von dem Kriminalbeamten Mißfert Verhaftete einer der Verbrecher, die als Mörder des im Walde bei Reichenau in Böhmen ermordeten Kaufmanns Glaser aus Hermannsthal ermittelt worden sind. Es handelt sich um einen gewissen Tschischka.

Der zweite von dem Beamten festgenommene Verbrecher, der diesen nach seiner Verhaftung erschoss, und, als er keinen Ausweg mehr sah, Selbstmord verübte, ist vermutlich der ebenfalls an dem Reichenauer Morde beteiligte Raffeneindreher Stefan. In Begleitung der Reichenauer Mörder soll sich ein Dritter befunden haben, der entkommen ist. Auf die Spur der Reichenauer Verbrecher war die Polizei dadurch gekommen, daß die dem Kaufmann Glaser geraubte Uhr von Stefan einem Goldschmidt angeboten worden war.

Typhus

SPD Berlin, 18. September.

In der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Bonn sind bisher 14 Typhustränke gestorben. Insgesamt sind 142 Typhusfälle festgestellt worden. 38 Kranke sind auf dem Wege der Besserung.

In Rotzenbuch bei Würzburg ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. 50 Personen sind erkrankt, davon 15 so schwer, daß sie in die Würzburger Universitätsklinik gebracht werden mußten. Zwei Frauen im Alter von etwa 30 Jahren sind inzwischen gestorben. Sämtliche Bewohner des Dorfes Rotzenbuch haben eine Schutzimpfung erhalten. Die Erkrankungen werden auf den Genuß von verseuchtem Wasser zurückgeführt.

Stellenangebote

Verslonierter Oberlehrer, der infolge Gehirnlähmungs infolge ist, sucht vom 1. Oktober an **Wirtschafterin**, die neben der selbständigen Verorgung der kleinen einfachen Wirtschaft die Pflege des Kranken mit übernehmen will. Bedingungen: Gesundheit u. ruhiges freundl. Wesen, mündigenswert wäre einfaches Interesse für einfache leichte Gartenarbeit. Oberlehrer, P. Krüger, L.-Anp., Karl-Krause-Str. 50

Gelucht für Otern 1929
kräftiger Schmiedelehrling
Vorarbeiten mit letztem Schulzeugnis und sonstigen Papieren nach vorheriger schriftlicher Anmeldung
Rittergut Gundorf bei Leipzig.

Gewucht für Abonnentenwerbung
auf Bücherwerke (bestweilteilerbar) wissensch. Inhaltes, Fachliteratur usw. tüchtige, ltrd. Herren, auch Damen i. Besch. v. Bräutlingsdahl erprobt. Verlagshaus „Das gute Buch“ Gera, Sachsenplatz 14, III.

Für Ladenschauung alle 6 Wochen ig. Frau ges. Herfert, Rossp. 2

Verkäufe

Kinder-Garder., Woll- und Strid. Waren a. Teilsabl. Julius Fellig, Sternwartenstr. 24.

Von Herrschaften wenig getragene **Herr-Garderobe** bill. zu vert. Wirtel, **Sternstr. 12, v.** Ein-u. Verkaufsaussch.

Serren, Damen-, Kinder-Wäsche, Bettwäsche, Sletts auf Teilzahlung. Julius Fellig, Sternwartenstr. 24.

HAHN
ist billig
Anzüge ab 17.-
Mäntel ab 20.-
Damen-Mäntel bar und ev. Teilzahlung.
Johannisplatz 6 (neue Läden)

Ausrichtliche. Stühle in Eiche und Buchbaum auf Teilzahl. Julius Fellig, Sternwartenstr. 24.

Diverses

Rat u. Hilfe in all. Rechtsangel. Rechtsanw. **P. Piepenburg** Karl-Heine-Str. 44.

Schweinefleischerei Schützenhausstraße 10 Sed. Wittig, Schlachtfest, Fleisch u. Wurst billiger, Extra-Angebot: Bei 1 Pfund Margarine 1 großen Gummibaß zu.

Möbel auf Teilzahlung
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen, Polsterwaren, auch alle Teile einzeln, mit 10% Anzahlung und 24 Monatsraten

Julius Fellig
Sternwartenstraße 24, I-IV. Stock

Auf Kredit Schränke mit 5 M. Anzahlung Möbel-, Waren-Kredithaus Hans Hoffmann, Hallesstraße 10, I.

Sämtliche Restaurations-Bureau- und Garten-Möbel für Gewerkschaften, Volkshäuser und Turnerheime liefert
Wilh. Hertlein Leipzig **Gottschedstraße 19**

Alithe
Sanitätskassen modern, hyg. kosmet. Artikeil **M. Thees** Leipzig 33, Henriettensstraße 4, Auswärtsversand. Tel. 41882

Saben Sie Stoff? Fertige Uhren einen modernen Anzug od. Mantel nach Maß mit Futaten von **29 Mark** an Rudolph, L.-Reudnitz, Frommannstr. 15, v.

Werreparaturen werd. sauber, preiswert, unt. Garantie ausgef. Glas v. 25 J an. Seiger 25 J, 24-Stundenszeit 300. Feder einiel. v. 1.75 J an. Ferdinand Alther, Spezialist f. Uhrenreparat., Gomeniusstraße 35, 6de Kadel.*

Möbel vom Fachmann
komplette Küchen v. 150.- an, Schränke v. 65.- an, Betten v. 30.- an, Hochstühle v. 20.- an, Holzstühle v. 38.- an, Stühle v. 60.- an, auch an. Teils. Kein Raben. Ein. Wep. d. l. reichl. in n. Möbeln. 5. Wra... a. 21. 310.

Dieskaustraße 38
Tel. 46004

Gute Druckarbeiten
von der einfachsten bis zur modernsten, geschmackvollsten Ausführung in ein- sowie mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe, auch Massenaufgaben (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb hergestellt), bei äußerst billiger Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei AG
Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21
Fernsprecher Nr. 72206

Auf Kredit Schlafstühle mit 5 M. Anzahlung **Scherbel** Markt 2 (Rathausplatz)

Rorbmöbel, Pinoleum-Läufer u. Teppiche a. Teilsahl Julius Fellig, Sternwartenstr. 24

29.- Anzug oder Mantel, gutpassend, fertige ich Ihnen aus Ihren **Stoffen**

37.- einschließlich haltbarer Futterzutaten zu nebenstehenden Preisen **innerhalb 8-10 Tagen**

45.- Neueste Modelle **Sorgfältig. Bedienung Elegante Herrenmoden „Fortschritt“**
Anfertigung im eigenen Betrieb Leipzig, Weststr. 61 (11)

Frack - Dachs verleiht alle Gesellschaftsaussüge **Hainstr. 6**

Inzerate sind n. n. au abrei teren an die Redakt. London an d. Exped

Frack, Gehrock, Smok, Col.-Anzüge, Hüte vert.
Belau, Zeitzer Str. 3 eingang Albaristr. 29 a

Wohnungen
Hausmannsmöb. i. R. R. Ellenbahnstr. 11, 101. 3. taulden 13 Sim., Küche usw.) Werdg. wohnt. 2-3 Bureau Hof, Brauer

Junges Ehepaar m. 1 Kind sucht sofort oder später **ein oder zwei leere Zimmer.** Offerten L. 27 311, drei Blattes, Obermannstraße 1.

VIM putzt alles

VIM, der Zauberer, putzt eins zwei drei: Mit allem Schmutz ist es vorbei!

Töpfe, Pfannen, Bestecke, Holz, Steinböden, alles in Küche und Haus putzt VIM ohne Mühe blitzsauber. VIM schmiert und kratzt nicht. Nichts ist so gut wie VIM.